Nr. 203
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
30. Juli 1992
2 DM
auswärts 2,50 DM

Die Bauarbeiten gehen weiter. Im August sollen nun massive Straßenarbeiten an der Brücke beginnen!

KEIN INNENSTADTRING!

OBERBAUMBRÜCKE BLEIBT STADTRINGLÜCKE

besetzt gegen Großstadtwahn

DIE BRÜCKE bleibt UNSA

DEMO SA 1.8.
13 Uhr U-Bhf. Görlitzer Bhf.

Ausserdem: Kommt zu den Spaziergängen am Bauzaun! (meistens Sonntags)

Gegen Hauptstadtbahn und Autowahn!

Und nicht vergessen:
Die nächste Zeitung erscheint erst in 2 Wochen !!!

Inhalt

Ordner :

Wunsiedel: Kristallisationspunkt der gesamten faschistischen Bewegung

KEINE GNADE FÜR FASCHISTEN

Antifaschistischer Widerstand

Eine Dokumentation

5 DM

Inhaltsverzeichnis

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

VISDP: AUTONOME ANTIFA KIEL

Juli 1992

Bestellung: Geld im Voraus im Briefumschlag an folgende Adresse:
Wunsiedel Broschüre
c/o Schweffelstr. 6
2300 Kiel
Fax: 0431/577 056
1 Exemplar 5 DM + 2 DM Porto - für Infoläden und ab 10 Stück 4 DM + einmalig 2 DM Porto

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Brandanschläge und Geschäftsverwüstungen

Aktionen militanter Gruppen gegen Kreuzberger Umstrukturierung nehmen zu

Es war der bisher letzte Anschlag gegen Umstrukturierung: In der Nacht vom 12. auf den 13. Juni zerschlugen Autonome am Kreuzberger Paul-Lincke-Ufer die Scheibe eines Porsche, der einem 40jährigen Unternehmer aus München gehört, gossen Benzin in das Wageninnere und setzten das Fahrzeug in Brand. „Greifen wir gemeinsam die Bonzen und Hauptstadtstrategen an", hieß es später in einem Bekennerschreiben, „auf daß das Investitionsklima in unserem Kiez ihnen zu heiß wird!"

Wenige Tage vorher, in der Nacht zum 23. Juni, brannte das Auto des Architekten Michael Kraus von der Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung. Kraus ist als Koordinator des umstrittenen Handelszentrums am Moritzplatz tätig. In einem Bekennerbrief begründete eine Gruppe den Anschlag mit den Folgen des Projektes: Das Dienstleistungszentrum werde „katastrophale Auswirkungen beispielsweise auf die Mieten des angrenzenden Kiezes" haben.

Autonome und andere Gruppen aus dem linken Spektrum haben der „Umstrukturierung Berlins zur Dienstleistungsmetropole", den steigenden Mieten und der Veredelung der Innenstadt-Bezirke und Verdrängung der bisherigen Bevölkerung seit längerem den Kampf angesagt – teils friedlich mit Veranstaltungen oder durch die Besetzung der Oberbaumbrücke, andere Gruppen aber auch mit militanten Anschlägen. Dabei richtet sich der Protest einerseits gegen Großprojekte wie Olympia 2000, den Regierungssitz oder die Pläne am Potsdamer Platz. Schwerpunkt der Aktivitäten aber sind Veränderungen in Kreuzberg. Motto: „Bonzen raus!"

So zündete eine Kleingruppe in der Neuköllner Richardstraße vor wenigen Wochen eine 160000 Mark teure Luxuslimousine aus Merseburg an. „In einer Auswärtsbegegnung in Neukölln errangen wir einen flammenden Sieg über einen 600 S-Klasse Mercedes", hieß es in einer Erklärung. „Damit klettert unser Verein an die Spitze der 1. Berliner Wagensport-Liga!" Dazu stellte die Gruppe, die mit „Volxsport Club Dynamo Kreuzberg" unterzeichnete, eine Tabelle mehrerer Aktionen auf, in der die Anschläge nach verursachtem Schaden – inzwischen mehr als eine halbe Million Mark – geordnet sind.

Am 4. Juni drangen Unbekannte in das Büro der Stadtplaner und Architekten Geist, Maier, Vogt und Werhan in der Skalitzer Straße ein. Sie entwendeten Akten sowie Disketten und verwüsteten das Büro. Die Architekten würden unter anderem für die Olympia-Bewerbung, das Regierungsviertel und die Immobiliengruppe Klingbeil planen, so die Begründung.

Gegen die Umstrukturierung Berlins hat der Protest allerdings nicht nur in Kreuzberg begonnen. Am 13. Juni besetzten Neuköllner Gruppen die ehemaligen Kindl-Festsäle in der Hermannstraße. „Wir wollen auf keinen Fall das hier geplante Luxus-Hotel samt Büro- und Gewerbekomplex", erklärten sie. Statt dessen soll in das Gebäude ein Kiezzentrum einziehen. Und als in Friedrichshain neben den ehemals besetzten Häusern in der Mainzer Straße am 1. Juli die erste „Burger-King"-Filiale in Ost-Berlin eröffnet werden sollte, folgte prompt ein Anschlag. Eine Nacht vor der Eröffnung zerstörten 100 Autonome den Laden mit Pflastersteinen. eb

14.06
Selbsttötung einer Untersuchungsgefangener

Eine 26 Jahre alte Untersuchungsgefangene hat sich in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee das Leben genommen.

Gefangener starb in Haft

Selbstmord in Untersuchungshaft

Es gibt viele Arten zu töten.
Man kann eine(m) ein Messer in den Bauch stecken, – eine(m) das Brot entziehen, – eine(n) von einer Krankheit nicht heilen, – eine(n) in eine schlechte Wohnung stecken,
EINE(N) ZUM SELBSTMORD TREIBEN, durch Arbeit zu Tode schinden, eine(n) in den Krieg führen usw.
NUR WENIGES DAVON IST IN UNSEREM STAAT VERBOTEN.
U. Meinhof (ermordet durch 4 Jahre Iso-Haft)

AM 14.06. HAT SICH EINE 26jährige FRAU IN DER JVA PLÖTZENSEE ERHÄNGT.
... Wieder einmal – ist IM NAMEN DES VOLKES – ein Mensch zerbrochen... – der JUSTIZ – zum Opfer gefallen.

WIR SIND WÜTEND UND TRAURIG, DAß IN DEUTSCHEN INSTUTIONEN (KNAST, PSYCHATRIE) – SOVIELE MENSCHEN IHR LEBEN BEENDEN MUßTEN.

WIR TRAUERN UM ALLE MENSCHEN, DIE UNTER DIESEM SYSTEM ZERBROCHEN SIND.

UNSERE TRAUERFEIER FINDET AM FREITAG, DEN 17. JULI 92 STATT

IN TIEFER WUT & TRAUER: die Frauen aus Plötze c/o KNAST-AG Plötze

Wieder Panne im Strafvollzug: Drogentod

Selbsttötung in der U-Haft

Häftling starb in seiner Zelle

Selbstmordrate gestiegen

Volxsport Oberbaumbrücke

Wir haben heute, 24. Juli, auf dem geplanten Innenstadtring eine brennende Barrikade errichtet und die Skalitzer Straße damit blockiert, um gegen die Verkehrspolitik des Berliner Senats zu demonstrieren und unseren Protest und Widerstand gegen die brutale Räumung der Oberbaumbrücke auszudrücken. Unter Schlagstockeinsatz wurden mehrere DemonstrantInnen und BesetzerInnen auf der Demonstration danach verletzt. Es ist eine Politik ausschließlich für die Reichen dieser Stadt, für Banker und Bonzen, eine Verkehrspolitik mit dem Polizeiknüppel.

Geplanter Innenstadtring lahmgelegt - Warum?

Der geplante Ausbau des Innenstadtrings tut zweierlei:
Er sorgt im stop-and-go Tempo für 60.000 bis 80.000 Pkw und Lkw, die täglich durch die Stadtteile Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain und Kreuzberg fahren und soll dabei die Stadtteile zunächst vier-spurig durchschneiden. Das ist für die Menschen, die in diesen Stadtteilen wohnen nicht nur eine gesundheitliche Katastrophe (schon jetzt liegen über 70% der Hauptstraßen Berlins über den EG-Leitwerten für Schadstoffbelastung), es ist auch durch die Straßenausbauten und den Verkehr die Zerstörung dieser Stadtteile.

Allein für den Tiergarten, übrigens Naturschutzgebiet, bedeutet der für etwa 200 Millionen Mark geplante Tunnel das Aus für die Grundwasserversorgung. Das Gerangel um den Verkehr am Brandenburger Tor ist demgegenüber ein Witz, die Spitze des täglichen Verkehrschaos auf den Berliner Straßen.
Die Nutzung der Skalitzer Straße als Teil des Innenstadtrings wird noch mehr Verkehr durch den Bezirk führen, der schon jetzt stark durch Autoverkehr belastet ist. Die Stralauer Allee zeigt die Folgen dieser Verkehrspolitk: Lärm, Gestank, Gesundheitsschäden...
Tatsachen, die auf übergeordnete Ziele verweisen, denn das ''Verkehrsproblem Berlin'' wird damit nicht gelöst..., und ohne Abschied vom Individualverkehr ist es nicht zu lösen. Um die Lösung von Verkehrsproblemen geht es auch nicht, es geht um die Zurichtung der Stadt für die Bonzen auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung.
Lediglich in der Bernauer Straße im Prenzlauer Berg/Wedding und an der Oberbaumbrücke in Kreuzberg kann die vollständige Schließung des Ringes verhindert werden. Unsere Aktion soll dazu beitragen. Verkehrspolitik mit dem Polizeiknüppel werden wir nicht länger hinnehmen.

Warum will also der Senat trotzdem den Ring und vor allem - für wen? Der geplante Ausbau des Innenstadtrings trennt die drei Prozent der Gesamtfläche Berlins, die für die Banker, Dienstleister und die Regierung gedacht sind, vom Rest der Stadt ab. Im Innern soll möglichst Ruhe herrschen für die neue städtische Lebenskultur und das Unternehmen Berlin (die Untertunnelung dient der Regierung, die ihr Regierungsviertel für sich haben will) und wenig Verkehr fließen; von der Bevölkerung innerhalb dieses Ringes sollen nur diejenigen Teile bleiben können, die dem Druck durch ansteigende Mieten und horrende Gewerbemieten standhalten können. Der Rest soll raus.

Der Ausbau Berlins zur Hauptstadt und Metropole richtet sich so gegen die Interessen der Mehrheit der BewohnerInnen Berlins für die handvoll Bonzen und deren Handlanger. Berlin ist ihnen als Ausgangsort für die nächsten gewinnträchtigen Investitionen im Osten Europas hochwillkommen; dorthin sollen die Investitionen fließen, von Berlin aus sollen sie dirigiert werden. Der Innenstadtring ist so gesehen ein ganz kleiner Fisch. Seine Bedeutung erlangt er, weil er erstens die Zerstörung unserer Stadtteilen für eine kleine Gruppe von Privilegierten bedeutet und weil zweitens sein Fehlen ein Problem mehr für die alte und neue Reichshauptstadt, ihre Bonzen, Banker und Regierungslakaien bedeutet.

Die Fortsetzung der Politk des Ausverkaufs der DDR-Betriebe und Grundstücke von Treuhandanstalt und Bundesregierung,
die Brutalität von Konzernen und Banken bei der Ausbeutung der Menschen im West- und Ostteil der Stadt,
die ''Metropolenmodernisierung'' durch Senat und Bundesregierung werden auch weiterhin Protest und Widerstand nicht nur am geplanten Innenstadtring hervorrufen.

Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke!

Komitee Gegen Bonzen (KGB)
Berlin im Juli 1992

Spekulanten und Kudammanwälte blasen zum Angriff auf soziale Träger – Der Widerstand in den Stadtteilen bläst zurück

Ende August werden 27 Menschen ihre Wohnungen verlieren, die Mieter/innen des gesamten Hinterhauses Böckhstraße 26 werden gerichtlich auf die Straße gesetzt.
Im gleichen Zusammenhang ging auch ein Prozess über eine Mietausfalls-Schadensersatzklage zuungunsten des Trägers dieses Hauses verloren. Die dem Martinswerk e.V. aufgelasteten 120.000 DM gefährden die Existenz dieses Trägervereins, also auch alle Mietverhältnisse der restlichen 280 Untermieter des Martinswerkes.

Wie kam es dazu?

Seit 1976 hat das Martinswerk e.V. (ein gemeinnütziger Verein im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche zur Wohnraumbeschaffung für sozial Benachteiligte, der auch Träger von ehemals besetzten Häusern ist) das Haus in der Böckhstraße 26, Berlin 61 angemietet. 1989 wurde dieses Haus vom Immobilien - Spekulant H. Kahmann, mit Sitz seiner verschiedenen Firmen und Gesellschaften in der Kantstraße 154 in Charlottenburg, gekauft. Den bis dahin mit dem alten Eigentümer jeweils problemlos verlängerten Hauptmietvertrag wollte Kahmann 1991 nur mit einer Mieterhöhung von 5 DM/qm auf dann 20 DM/qm erneuern. Diese Erhöhung waren die 27 Mieter/innen nicht in der Lage zu zahlen. Daraufhin erfolgte durch Kahmanns Haus- und Grundstücksverwaltungsfirma "Mietkonzept" (Sitz Kantstraße 154) die Kündigung an das Martinswerk e.V. und die Mieter/innen. Mit dem Hinweis auf einen angeblichen Nachmieter, der ihm die geforderten 20 DM/qm hätte zahlen wollen, sollten die bisherigen Mieter/innen innerhalb von einer (!) Woche ihre Wohnungen räumen. Mit Berufung auf ihren Mieterschutz blieben diese aber in ihren Wohnungen. Kahmann überzog daraufhin sowohl die Mieter/innen als auch das Martinswerk e.V. mit einer Räumungsklage. Zusätzlich strengte er gegen das Martinswerk e.V. einen Schadensersatzprozess wegen der ihm vermeintlich entgangenen Mietendifferenz von monatlich 15.000 DM an.

Kein Kündigungsschutz für die Untermieter/innen

Die Räumungsklage gegen das Martinswerk e.V. hat Kahmann gewonnen, weil die Weitervermietung von Wohnraum, auch wenn damit keine Gewinne erzielt werden (was das Martinswerk e.V. als gemeinnütziger Träger weder könnte noch wollte) als Gewerbe angesehen wird, und insofern der gesetzliche Kündigungsschutz von Wohnraum für den Träger nicht besteht.
Den Räumungsprozess gegen die Bewohner gewannen diese jedoch in der 1. Instanz (Amtsgericht) mit Berufung auf ein aktuelles Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum "Kündigungsschutz von Untermietern von gewerblichen Zwischenvermietern".
Es sah so aus, als ob sie vor der Obdachlosigkeit bewahrt werden würden.
In der 2. Instanz (Landgericht) wurden die Mieter/innen der Böckhstraße 26 jedoch zur Räumung verurteilt, weil das Gericht den Kündigungsschutz gemäß Bundesverfassungsgerichts-Urteil für sie als nicht gegeben ansah. Die Urteilsbegründung für dieses folgenschwere und Spekulantenfreundliche Urteil steht allerdings noch aus.
Kahmann fordert nun die "besenreine" Übergabe der Wohnräume zum Ende August dieses Jahres!

Schadensersatzforderung ruiniert sozialen Träger von Wohngemeinschaften

Im parallel gegen das Martinswerk e.V. geführten Schadensersatzprozess wurde dieses dazu verurteilt, den angeblichen Mietausfall, die Differenz zur geforderten aber nicht erhaltenen höheren Miete, von 15.000 DM monatlich für erstmal das erste halbe Jahr (inklusive Zinsen ca. 120.000 DM) zu zahlen. Mit der Klage für die Zahlung der restlichen Monate bis zur Räumung des Hauses ist zu rechnen.

Obwohl in 1. Instanz gefällt, ist dieses Urteil sofort vorläufig vollstreckbar. 40.000 DM lies Kahmann durch seine Anwälte bereits kurzerhand pfänden, die Restsumme muß das Martinswerk e.V. binnen kürzester Zeit aufbringen, will es nicht zwangsweise in Konkurs gehen. Und nur wenn das Martinswerk e.V. nicht durch Konkurs aufgelöst wird, kann es überhaupt versuchen, in der 2. Instanz eine Urteilsänderung zu erwirken. Die Aussichten dafür sind allerdings alles andere als gut.

Die Auflösung des Trägervereines hätte für alle Untermieter fatale Folgen. Durch den Verlust ihres Hauptmieters wären bis zu 280 Mieter/innen der Wohngemeinschaften und Hausprojekte im Martinswerk vom Verlust ihres Wohnraumes bedroht.

Allein machen sie dich ein...

Betroffen im derzeitigen Hauptstadt-Gründerzeit-Fieber sind aktuell nicht mehr nur das Martinswerk e.V.

Diese (Un)Rechtsprechung zeigt nur, wie wirkungsvoll das eben vom Bundesverfassungsgericht verbriefte Kündigungsschutzrecht für Untermieter auf breitester Front unterlaufen werden kann. Mit der Folge, daß andere Zwischenvermieter von z.B. Haus-Selbsthilfeprojekten, Frauenhäusern, betreuten Jugend-WGs, therapeutischen WGs, Treber- und Obdachlosenhilfen etc. durch Mieterhöhungen, Räumungsklagen, Schadensersatzforderungen wahrscheinlich ihre Verträge und Wohnungen ebenso verlieren werden.
Einige sehen sich schon jetzt mit Forderungen und Prozessen konfrontiert.

Daher ist es sinnvoll und wichtig, daß sich solche Trägervereine für soziale Projekte (zusammen mit den gleichfalls von Kündigungen bedrohten Kinderläden, Altentreffs etc.) organisieren, um gemeinsam vorzugehen, an die Öffentlichkeit zu treten und politischen Druck zu machen, anstatt daß einzelne Träger und ihre Klientel allein auf unverschämte Forderungen der Abzockerbanden von Spekulanten und Kudamm-Anwälten reagieren müssen.

Untermieter/innen von Trägervereinen sind genauso wie alle anderen, die sich gegen Spekulanten und Umstrukturierung wehren wollen, aufgerufen, Informationen und Aktionen zusammenzufassen, um stärkeren Druck ausüben zu können.
Einen zaghaften Beginn machten letztes Jahr Bewohner/innen von Martinswerk Häusern und Wohngemeinschaften mit einer Kundgebung vor dem Firmensitz Kahmanns in der Kantstraße 154.
Stärkere Sichtbarkeit und Vehemenz wird nötig und möglich sein!

Autonome Recherche

Das bisher bekannte Kahmann-Firmennetz (siehe nebenstehende Abbildung) muß soweit ergänzt werden, daß klar wird, wo er seine Hände noch im Spiel hat, wo es sich lohnt, ihm auf die Finger zu klopfen. (z.B. ist bisher nur einiges zu Kahmanns Firmen, kaum etwas zu seiner Person bekannt.)
Gleiches gilt für die anderen Spekulanten, die in den Kiezen ihr Unwesen treiben.
Laßt uns die Verstrickungen aller Schweine aufspüren und angreifbar machen.
Erkundigt und verbreitet Informationen, die Hausverkäufe in den Kiezen betreffen.
Infomiert euch und uns, welche Immobilienfirmen oder Einzeleigentümer versuchen, hier Fuß zu fassen.
Alle diese Informationen können im Infostützpunkt zusammengetragen werden (Adresse).

Je mehr wir davon wissen, um so mehr können wir die Infos bei drohenden Klagen und Räumungen nutzbar machen.

Schlaflose Nächte ab jetzt für alle Miethaie !!!

Wunsiedel '92:

Infos zur bundesweiten Vorbereitung und zum Berliner Bündnis!

Am 15.7.92 ist es mal wieder soweit. Der fünfte Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß, seit er am 17.8.87 im Gefängnis der Alliierten in Berlin-Spandau verstarb, steht kurz bevor. Wie alljährlich benutzen die Faschos den Mythos Rudolf Heß, um an seinem Begräbnisort in Wunsiedel mit ihrem internationalen Aufmarsch ein "Final für Deutschland" zu setzen und speziell in der BRD ein Bindeglied zwischen alten und neuen Nazis, zwischen Millitanten und Biedermännern zu verankern. Wunsiedel ist in den letzten Jahren mit zunehmendem Erfolg ein Walfahrtsort zwischen Nazi-Skins und Nazi-Ideologen geworden. Gerade im vergangenen Jahr wurde es als Durchbruch gefeiert, trotz eines allgemeinen Versammlungsverbotes eine Heß-Ersatzveranstaltung in Bayreuth unter dem Deckmantel einer "Protestveranstaltung" mit 2000 Faschisten durchziehen zu können.

Das letztjährige Verbot der Stadt Wunsiedel wurde vom Verwaltungsgericht in Bayreuth erst vor einigen Wochen bestätigt. Die Klage der führenden Neonazis Dinter und Worch wurde u. a. mit der Begründung, daß die Veranstaltung "zur Verbreitung nazistischen Gedankenguts benutzt werde" vom Gericht zurückgewiesen. Über Wunsiedel selbst ist wie im letzten Jahr ein allgemeines Versammlungsverbot verhängt worden. Das örtliche Bündnis in Wunsiedel wird von der SPD dominiert, der es hauptsächlich darauf ankommt, daß kein Faschoaufmarsch in Wunsiedel stattfindet und die dafür auch das Verbot von Antifa-Aktionen akzeptiert!

Aus Bayreuth kommt eine mündliche Aussage vom Ordungsamt der Stadt, daß eine Heß-Ersatzveranstaltung verboten werden wird, sobald sie von den Faschos angemeldet wird.

Bislang liegen uns von Faschoseite Aufrufe vor von:
Th. Fink (Sauerländische Aktionsfront) und der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front. Sie rufen auf für Wunsiedel 15.8.92, 14 Uhr (Festplatz am Bürgermühlweiher).Weitere Aufrufer sind: Kameraden der Knight off KKK Bielefeld, die PNFE (Parti Nationaliste Francais et Europeen) und der Ring (Großbritannien).
Informationen darüber, ob von den Faschos ein Ersatzort angemeldet worden ist, liegen uns bislang noch nicht vor.

Gegenmobilisierung

Auf dem letzten bundesweiten Treffen waren über 40 Leute aus verschiedenen Städten und Gruppen anwesend, auf dem ein bundesweiter Aufruf verabschiedet wurde und organisatorische Strukturen für die Mobilisierung etc. aufgeteilt wurden.
Das nächste bundesweite Treffen findet am 1. August in Frankfurt am Main im Cafe Exzess in der Leipzigerstr. um 14.00 Uhr statt. Über die Ergebnisse dieses Treffens wird auf der VV am 6.8. berichtet.

Es sind bisher antifaschistische Demos angemeldet in: Hof, Bayreuth und Wunsiedel, sowie Autokonvois von Nürnberg, Plauen und Bamberg mit dem Endpunkt Wunsiedel. Diese Konvois sollen unter anderem eine gemeinsame und sichere Anreise aus den verschiedenen Regionen ermöglichen.
Mit der Anmeldung verschiedener Antifa-Demos wird das Ziel verfolgt, den Faschos die Chancen auf einen legalen Aufmarsch zu erschweren. Das Gleiche gilt für die Autokonvois. Wenn die angemeldeten Demos verboten werden, werden wir dagegen in geeigneteter Weise politisch und auf jeden Fall auch juristisch vorgehen.

In verschiedenen Orten und Regionen ist die Mobilisierung angelaufen, es werden Infoveranstaltungen vorbereitet und durchgeführt. Regional werden Infotelephone eingerichtet. Ab sofort können aktuelle Infos jeweils Di. und Do. zwischen 16.00 und 18.00 über die Tel. Nr. 0911/22 65 98 (Nürnberg) bezogen werden oder über uns bisher nicht bekannte Zeiten über 0345/25537 (Halle).

Das Berliner "Bündnis"

In Berlin gibt es neben der Wunsiedel Vorbereitungsgruppe aus der Unabhängigen Antifa, die auch an den bundesweiten Treffen beteiligt ist, ein "Bündnis" verschiedener anderer Gruppen, das hauptsächlich von der SAG und der Gruppe Spartakus getragen wird.
In üblicher Manier hatte die SAG zu einem Vorbereitungstreffen für Wunsiedel über die Taz eingeladen, ohne Kontakt zu den bundesweiten Vorbereitungen zu suchen. Schon auf den ersten Treffen gab es Differenzen über die Art und Weise, wie für Berlin größere Zusammenhänge nach Wunsiedel mobilisiert werden könnten. Die SAG sah sich anfangs als Hauptmotor der Vorbereitung.

Über Formalismen wurde dann versucht eine Spaltung zwischen dem sogenannten Berliner Bündnis und der unabhängen und autonomen Antifa herbeizuführen. Auf den Folgetreffen trat dabei besonders die Gruppe Spartakus hervor und die SAG etwas in den Hintergrund. Angefangen davon, daß der Hauptakteur dieser Gruppe gegen die Wunsiedel-Dokumentation zur bundesweiten Mobilisierung wetterte, und sich davon distanzierte, weil dort u. a. ein "Diskussionsbeitrag zum Verständnis von revolutionären Autonomen" veröffentlicht ist, den er als Gruppe Spartakus auf keinen Fall weiterverbreiten, sprich mitverkaufen wolle. Desweiteren versuchte diese Gruppe die Finanzierung der bundesweiten Plakate und Aufrufe für Berlin zu boykotieren. In ihrer unerträglichen Art glauben sie uns über ihre Spruchblasen agitieren zu müssen. Sowohl auf der VV, wie auf dem letzten Bündnistreffen verhinderten sie damit die Diskussionen, die für die Vorbereitung notwendig gewesen wären. Wir wissen, daß viele Leute, die sich u. a. Informationen zu Wunsiedel holen wollten, um konkret etwas zu tun, dadurch ziemlich abgenervt sind, aber hoffentlich nicht völlig demobilisiert wurden. Ihr einziges spartanisches Argument gegen den bundesweiten Aufruf ist, daß im selbigen nicht drin steht - "Verhindern wir den Fascho-Aufmarsch" - und dies widerholen sie bis zum Erbrechen, ohne auch nur ein einziges Mal auf die ihnen dargestellten bundesweiten Diskussionen eingegangen zu sein. Wir denken, dies sind nur künstliche Abgrenzungen und Spruchblasen, weil alle, die nach Wunsiedel fahren, das gemeinsame Ziel haben diese Fascho-Veranstaltung zu unterbinden!

Bei sämtlichen Diskussionen über konkrete Vorarbeiten für die Demo in Wunsiedel übernimmt gerade die Gruppe Spartakus trotz starker persönlicher Präsens nichts (siehe Konvoi) oder die Sachen werden vertagt. Aber sie powern jederzeit darum, daß ihre Partei-Politik als Bündnispolitik verkauft wird. So brachten sie den Vorschlag einer Kundgebung, sowie einer "Bündnis"veranstaltung ein, die sich bei genaueren Hinschauen dann als nicht anderes entpuppten, als Veranstaltungen, auf denen sie ihre Vorstellungen über antifaschistische Arbeit, in Abgrenzung zu anderen Gruppen (sie hatten insbesondere bei der Veranstaltung die PDS auf dem Kiecker) loswerden wollen. Zu guter Letzt haben sie auf dem "Bündnis"Flugblatt, wofür sie die Vorlage erstellt hatten, noch ohne irgendeine Vorankündigung auf dem Bündnistreffen eine eigene Veranstaltung untergebracht oder besser reingesetzt und uns unterjubeln wollen. Da gerade sie uns auf den letzten Treffen das Leben mit ihren Scheiß Formalien und der künstlichen Trennung bundesweit und Berliner "Bündnis" schwer gemacht haben, ist dies an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten. Wir haben uns deshalb erlaubt, da wir dieses Flugblatt schließlich mitentworfen und einen Großteil der Vorarbeiten dazu getan haben und das Flugblatt guten Gewissens auch verteilen wollen, diese Veranstaltung rauszunehmen.
Als das Tüpfelchen auf dem i stellte sich am Ende des letzten Bündnistreffen der Vertreter der BdA-Köpenick nicht nur als klammheimlicher sondern als offener Sexist heraus, der nichts anderes zu tun hat, als Nacktfotos von Frauen auf dem Treffen an den "Mann" zu bringen!

Aus dem vorher Dargelegten ergibt sich für uns, daß uns die Zeit und unsere Nerven zu kostbar sind, um an diesem "Bündnis" weiter teilzunehmen.

Aus diesen Gründen beschränken wir unsere Teilnahme an diesen "Bündnis"-Treffen in der bisherigen Zusammensetzung auf bloße Anwesenheit und die Weitergabe von Infos. Von der Agitation gerade des Hauptmachers der Gruppe Spartakus wollen wir uns nicht mehr abnerven lassen und diese brauchen wir uns auch nicht anzutun. An eine Zusammenarbeit mit den meisten anderen Gruppen, Organisationen und Leuten, die an den Bündnistreffen teilgenommen haben, sind wir weiterhin interessiert und wollen bzw. werden diese fortführen.

Als weitere Aktivitäten halten wir es für nötig sich auf die bundesweite Vorbereitung und die Berliner Mobilisierung zu konzentrieren, die Veranstaltung, die VV und auf ein unserer Meinung nach notwendiges Vorbereitungstreffen für die Organisierung des Konvois.

Berliner Wunsiedel Vorbereitungsgruppe aus der unabhängigen Antifa.

Wunsiedel '92
Ankündigungen und Infos

BUSSE:
KARTENVORVERKAUFSSTELLEN
- Buchladen O 21, Oranienstr. 21, 1/36 Mo - Fr 10 - 18.30 Uhr
- Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 1/61, Mo - Fr 10 - 18.30 Uhr
- EX, Mehringhof, So - Do 17 - 1 Uhr
- Infoladen Souterrain, Kastanienallee 86, Mo - Fr 14 - 19Uhr
- Infoladen Daneben Rigaerstraße 84 Mo - Fr 14 - 19 Uhr

TREFFPUNKT UND ABFAHRT FÜR BUSSE UND PKWS
Samstag, 15. August 92
1 Uhr morgens
TU Mathegebäude Straße des 17. Juni
U-Bahnhof Ernst-Reuter-Platz

VERANSTALTUNG VON UNABHÄNGIGEN ANTIFA-GRUPPEN, ANTIRASSISTISCHER INITIATIVE

Wunsiedel '92
Von Biedermännern und Brandstiftern
Infoveranstaltung
zum
- Prozeß wegen der Ermordung Amadeu Antonio's in Eberswalde
- geplanten europäischen Aufmarsch der Faschisten in Wunsiedel am 15. August
- Thema Repression:
  aktuelles zum WWG
  was erwartet uns in Wunsiedel?

Dienstag, 11. August '92
20.00 Uhr im EX, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 1/61

INFOTELEFONE FÜR BERLIN:

Infos könnt Ihr bekommen bei
Antifa-Infotelefon Anrufbeantworter 692 15 99
Antirassistisches Telefon 861 94 22
und ab dem 29.7. zusätzlich neue Tel. Nr.: 785 72 81

LETZTE VV VOR DER ABFAHRT:
Donnerstag, 6.August '92 , 20.00 Uhr, Mehringhof, Versammlungsraum

Flugblätter und Plakate sind im EX, Mehringhof zu erhalten.

Allen zur Kenntnis!

Das Landratsamt Wunsiedel hat am 07.07.1992 die vom Rechtsextremisten Berthold Dinter für den 15.08.1992 in Wunsiedel angemeldete Gedenkkundgebung anläßlich des 5. Todestages von Rudolf Heß verboten.

Das Verbot gilt auch für jede Form der Ersatzveranstaltung.

Gleichzeitig wurde eine Allgemeinverfügung erlassen, die alle öffentlichen Aufzüge vom 14.08.1992, 00.00 Uhr, bis Sonntag, 16.08.1992, 24.00 Uhr, verbietet, so daß auch die angemeldete Gegendemonstration verboten ist.
Die Verbote wurden für sofort vollziehbar erklärt.

Gz 3-134/02 LRA Wunsiedel

ANTIFA-MOBILISIERUNG ZU TÜRKIYEM-SPIELEN

Wir wollen zu mehreren im nächsten halben Jahr stattfindenen Spielen von Türkiyemspor Berlin Menschen mobilisieren, die bereit sind, Antifa-Aktionen durchzuführen und uns bei rassistischen Pöbeleien oder Angriffen zu unterstützen. Diese Antifa-Mobilisierungen wollen wir zu den Spielen UNION BERLIN gegen TÜRKIYEM am 9.8.92 (siehe beiliegendem Aufruf), SpVgg THALE 04 gegen TÜRKIYEM (6.9.92) und 1.FC Magdeburg gegen Türkiyemspor (4.10.92) durchführen. Der wichtigste Mobilisierungs-Termin ist aber zum Spiel Energie Cottbus gegen Türkiyem am 8.Nov. 92 geplant. Die Aktionen zu diesem Spiel sollen in Bezug zu dem geplanten europaweiten Antifa-Aktionstag am 9.11. gestellt werden.
Zu allen genannten Termine wird es noch Aufrufe geben.

Ein kurzer Rückblick:

Türkiyemspor Berlin wurde 1978 von berliner Türken gegründet und stieg in rasantem Tempo von der untersten Fußball-Klasse Kreisliga C bis in die Amateur-Oberliga auf. Probleme mit Rassisten und Nazis hatte es für unseren Verein kaum gegeben, mit Ausnahme der Saison 87/88, wo Türkiyem auf die ebenfalls in der Amateur-Oberliga spielende Mannschaft von Hertha BSC und somit auch auf deren rechtsradikalem Anhang stieß. Ansonsten wurde in Westberlin die Existenz eines ausländischen Fußballklubs (oder besser gesagt: anderen Fußballklub, weil seit je her bei Türkiyem Ausländer verschiedener Nationalitäten einträchtig mit Deutschen erfolgreich zusammenspielen) akzeptiert, nicht zuletzt, weil Türkiyem sehr viele Zuschauer hat und somit Geld in die Kassen der anderen kleinen Vereine bringt. Als 1989 die Republikaner ins Abgeordnetenhaus einzogen,,beteiligten sich Spieler und Vorstand an Demonstrationen gegen die Reps. Im Stadion änderte sich die Situation für Spieler und Fans erst mit der Vereinigung der Fußball-Ligen ab Saison 91/92. Türkiyem mußte nun auch in der ehem. DDR antreten und wie befürchtet kam es mehrmals zurassistischen Attacken gegen Mannschaft und Fans, so u. a. in Stendal (17.11.91), in Cottbus (8.3.92) und in Thale/Harz (12.4.92), wo SKINS MIT BASEBALL-SCHLÄGER IM STADION HERUMLIEFEN UND DEN TÜRKIYEM-BLOCK BEDROHTEN,OHNE DAß BULLEN ODER ORDNER VON SICH AUS EINGRIFFEN! (Zu Thale werden wir noch ein Mobilisierungs-Flugblatt schreiben, in dem wir die Erfahrungen dort näher schildern werden.)
Es war immer das gleiche Phänomen zu beobachten: Sobald Türkiyem irgendwo in der ehem. DDR auflief, hatte sich die örtliche "Dorfjugend" um einige Faschisten versammelt, mitunter verstärkt durch auswärtige Nazi-Trupps. Für die Nazis war es nun ein leichtes, die Stimmung gegen AusländerInnen anzuheizen, und die Jugendlichen waren froh, daß in ihrer Stadt endlich mal was los war und sie so richtig die Sau

rauslassen konnten. Das Ziel der Nazis ist klar: Sie wollen den Frustrationsstau der Jugendlichen für ihre faschistischen Zwecke mißbrauchen und die in Ansätzen vorhandene, aber durchaus noch nicht festgefahrene Ausländerfeindlichkeit verfestigenund so ihre Nazi-Ideologie für die Kids interessant machen. Antifa-Präsenz insbesondere bei den Türkiyem-Spielen und gezieltes Vorgehen gegen diese Nazi-Anführer würde bei den örtlichen Jugendlichen sicher einen erinnerungswürdigen Eindruck hinterlassen und den Faschisten ihre Tour vermasseln.
Dieses gilt aber nicht nur für das Umland von Berlin. Auch die Spiele gegen den 1.FC Union Berlin erwiesen sich bisher als mehr als nur Fußball-Spiele: Beim 1.Aufeinandertreffen am 29.9.91 kam es zu größeren Auseinandersetzungen, die von BFC-Hools ausgelöst wurden, aber sich dann auf den Union-Block ausweiteten. Daraufhin haben wir mit einigen antifaschistischen Union-Fans beim nächsten Aufeinandertreffen der beiden Mannschaften im Pokal am 2.2.92 eine Flugblatt-Aktion gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit durchgeführt. Allerdings kam es auch bei diesem Spiel zu massiven rassistischen Pöpeleien und auch körperlichen Angriffen auf Türkiyem-Fans. Auch zu diesem Spiel waren BFC-Hools angereist. Gesichtet wurden auch die Marzahner Skins - ihr Sozialarbeiter allerdings nicht. Danach verstärkten einige Union-Fans und wir die antifaschistische Arbeit bei Union. Nachdem sich der Union-Vorstand, die Spieler von Union und der Stadionsprecher öffentlich gegen jegliche Form von Ausländerfeindlichkeit gewandt haben, verlief das dritte Spiel Union-Türkiyem relativ ruhig. Dieses kann für uns aber leider nicht heißen, daß die Nazis aus dem Stadion von Union verdrängt sind. Ihnen auch dort keine Chance mehr zu geben, ist das Ziel unserer Mobilisierung zum 9.8.!
Vorbereitungstreffen: Am 5.8. um 19 Uhr im Fußball-Fanladen "Anstoß", Brunnenstr. 7, Berlin-Mitte

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir wollen nicht nur AntifaschistInnen im Stadion sehen, wenn es "brennt", sondern wir würden es begrüßen, wenn viel mehr fußballinteressierte die Spiele von Türkiyem beglücken würden. Los geht's am 2.8. um 14 Uhr im Katzbach-Stadion an der gleichnamigen Straße gegen FSV Altmark Stendal.

Einige Antifas



AntIFa Bites Berlin

Antifa-Aktion in Nauen

Am 18.7. führten mittags etwa 50 berliner und einige potsdamer AntifaschistInnen zusammen mit etwa 10 einheimischen Jugendlichen eine Plakatier- und Sprühaktion in der Stadt Nauen bei Berlin durch. In der letzten Zeit gab es ständig Bedrohungen durch die örtliche Faschojugend -vor allem gegen SchülerInnen. Bei der Antifa-Aktion wurden antirassistische Plakate geklebt, Antifa-parolen gesprüht und Flugblätter der dortigen Jugendlichen, die sich jetzt gegen die Faschos wehren wollen, verteilt. Ein Antifaschist wurde vorübergehend festgenommen, nachdem der Hausmeister des Fascho-Jugendzentrums Plakate wieder abriß und verletzt wurde. Ansonsten war die Aktion erfolgreich und Zusammenstöße mit den angeblichen hunderten von Faschos gab es nicht; es wurden nicht mal Einzelne gesehen.

Wieder mal „Gewalt gegen Schwule" – Diesmal: Schwule schauen zu!

In der Nacht zum 13. Juni kam es um 2.10 Uhr morgens zu einer unfassbaren Tat, an der diesmal nicht nur die eigentlichen Täter selbst beteiligt waren:

Eine typische laue Frühlingsnacht in der Motzstraße im Bezirk Schöneberg. Vor dem „Hafen" die bekannte schwule Menschenansammlung. Ein Berliner und zwei Besucher aus den USA verlassen gemeinsam das „Tom's" in Richtung Nollendorfplatz. Kaum auf der anderen Straßenseite angekommen, stürmen zwei Männer zwischen den Autos hervor und schlagen mit aus Papiertüten gezogenen Baseballschlägern auf die überraschten Opfer ein. T. und ein Freund können vorlaufen, inzwischen schlägt einer der Täter auf das dritte Opfer, das gestolpert war, weiter ein. T. ruft um Hilfe und benutzt seine Trillerpfeife, so wie er es als Mitarbeiter des „Schwulen Überfalltelefons" von Mann-O-Meter rät, um solidarische Hilfe von anderen Schwulen zu bekommen. Die Reaktion der Schwulen vor dem „Hafen": niemand hilft. Auch als die Täter, durch die Pfeife aufgescheucht, Richtung „Hafen" laufen und in die Eisenacher Straße einbiegen, kommt niemand auf die Idee, einzugreifen. Erst als es wieder ruhig wird, kommen ein paar Schwule und gucken zu, wie T. seine Freunde versorgt. Mit dem Bier in der Hand kommt auch jetzt niemand auf die Idee, seine Hilfe anzubieten, die Polizei oder einen Krankenwagen zu rufen. Lediglich ein Glas Wasser wird von einer Frau organisiert. T. muß selbst ins „Tom's" gehen, wo er um den Anruf bei der Polizei bittet. Der Türsteher lehnt dies ab und verweist an den in der Bar hängenden Öffentlichen Fernsprecher. Nach 10 Minuten ist ein Krankenwagen und wenig später die Polizei am Tatort. Mit der Polizei fährt T. noch die Umgebung ab, doch die Täter sind bereits entkommen.

Erschreckend ist die extreme Gewalt: die Täter kommen nun sogar direkt in unsere Szene, um uns vor den Augen anderer Schwuler zusammenzuschlagen. Und: es wird nicht einmal mehr gepöbelt und beschimpft, sondern aufgelauert und gleich zugeschlagen.

Erschreckend ist auch die Reaktion der Schwulen: Schwule Solidarität gibt es nicht. Stattdessen wird weiterhin die Realität ignoriert, wir schauen weg anstatt zu helfen, bleiben in Wochenendstimmung und denken weiter: „Na, mir wird es schon nicht passieren". Und bei denen, wo man eben noch bester Kunde war, wird man wohl auch nicht die geringste Hilfestellung erwarten dürfen.

Wie wäre es, Anzeige nicht nur gegen die schwulenfeindlichen Täter zu machen, sondern auch noch wegen „Unterlassener Hilfeleistung" gegen 50 Schwule? Wohl vergebens, denn auch das wird niemanden wachrütteln. So bleibt die Enttäuschung und die Hoffnung, daß beim nächsten Mal niemand Zeuge der Tat ist. Denn dann braucht wenigstens anschließend niemand Schuldgefühle zu bekommen...

Mann-O-Meter

Prozeß gegen Antifa Meppen/Lingen

Am 11. August dieses Jahres beginnt vor dem Landgericht Osnabrück ein Prozeß wegen Landfriedensbruch gegen acht Menschen aus der ehemaligen Antifa Meppen/Lingen.

Grund für dieses Szenarium ist folgender Vorfall:
Am 20. Mai 1990 gegen 0:00 Uhr kamen zwei Streifenbullen in die Meppener Discothek "Rockpalast" und gingen zielstrebig auf einen Antifaschisten aus Lingen zu.Sie führten ihn ab und legten ihm nach wenigen Metern Handschellen an.Als sie jedoch versuchten zum Streifenwagen zu gelangen, verstellten ihnen mehrere Menschen den Weg.Die Bullen bahnten sich ihren Weg nun gewalttätig, so daß es am Streifenwagen zu einem Gerangel kam.Mehrere Menschen versuchten die Abfahrt der Bullen zu verhindern.Angeblich entstand dabei ein Sachschaden von mehr als 3000 DM.Dennoch gelang es den Bullen zu entkommen.

Dieses Ereignis war für die Staatsanwaltschaft und Bullerei Anlaß sofort eine mehrköpfige Sondereinheit "SoKo-City" zu gründen.Es folgte eine starke Repressionswelle gegen jede und jeden, die/der anders aussah.Insgesamt strengten die Bullen 86 Ermittlungs-verfahren an und behaupteten in einer Pressekonferenz, daß sie in einigen Verfahren von "versuchtem Totschlag" ausgingen.Die Bullen drohten Leuten während des Verhörs sie zum Staatsanwalt zu verschleppen oder gar eine Nacht im Knast zu halten.Außerdem vollzogen sie sechs Hausdurchsuchungen, wobei sich einige Bullen über die Privatbriefe einer Frau, die sie an Ort und Stelle lasen, besonders amüsierten.

Bei einer Hausdurchsuchung fanden die Bullen "fünf Mercedessterne" und "zwei Baulampen".Dies nutzte die Staatsanwaltschaft sofort, um gegen die betreffende Person ein Gerichtsverfahren wegen Diebstahls anzustrengen.Allerdings blamierten sich der aussagende Bulle und der Staatsanwalt, so daß der Provinzrichter aus Lingen einen Freispruch verkünden mußte.

Ziel und Zweck der Verfolgungen war es, die antifaschistischen Strukturen in Meppen zu zerschlagen.Das ist den Bullen nach zwei-jähriger Repression schließlich auch gelungen.Heute kontrollieren etwa 40 Faschos die Straßen in Meppen,.alles natürlich von den Bullen geduldet.

Der Prozeß wird für die Antifa etwa 10.000 DM kosten.Er erstreckt sich auf ca. eine Woche und neben der SoKo City, werden auch die Meppener Naziskins erwartet.
Wir brauchen Geld für die Anwälte und eure Unterstützung im und vorm Gerichtssaal.

Konto-Nr.: 110 67 67 500
Volksbank Lingen eG
Stichwort: Schwarz-Rote Hilfe
BLZ 266 600 60

Prozeßbeginn:
11.08.1992 / 9:00 Uhr
Landgericht Osnabrück
Neumarkt 2/Raum 188

"ROCK GEGEN Links" IN ERFURT

Am Samstag, dem 4.7.92 fand in Erfurt im städtischen Jugendklub "Urne" ein Konzert unter dem Motto "Rock gegen Links" statt.
Dazu wurde 1 Woche vorher in der Stadt öffentlich plakatiert.-
Nachfragen beim Jugendamt ergaben, daß dieses direkt an der Organisation beteiligt war. Faschistische Tendenzen könne das Amt bei den Bands aus Thüringen und Hessen mit Namen wie "Brutale Haie/ Kappelle Oi", "Kettenhunde", "Reichswolf" nicht ausmachen. Ausserdem wäre die Zusammenarbeit mit rechten Jugendlichen auf der selben pädagogischen und sozialenarbeiterischen Linie zu sehen,wie die Finanzierung und Zusammenarbeit mit dem AJZ. Dabei wurde dann noch nebenbei angekündigt, daß die Skins demnächst ein Haus in der Nordstraße erhalten sollen.
Nachdem das Konzert bekannt wurde, war die Empörung und die Wut groß darüber, daß die Faschisten schon wieder öffentlich auftreten und hetzen können. So fanden sich gleich einige Menschen, die dem nicht tatenlos zusehen wollten und Widerstand ankündigten.
Das Jugendamt versuchte, öffentlichen Protest zu verhindern und rief die nach ihrer Meinung stellvertretenden Personen für die Linke und Rechte Szene, für Montag an einen Tisch. Das waren Faschos, das Jugendamt und ein Vertreter des AJZ. Bei diesem Gespräch wurde ein sogenannter "Waffenstillstand" ausgehandelt.Der Vertreter des AJZ erklärte es würde keine Angriffe, gleichwelcher Art, auch keinen öffentlichen Protest von Seiten des AJZ geben.-
Dafür erklärten dei Fsachos, sie würden dafür sorgen, daß es nach und während des Konzerts keine Ausschreitungen gäbe.
Die Menschen, die bereits Widerstand angekündigt hatten, sahen dieses allerdings ganz anders. Sie standen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Ausbreitung der faschistischen Banden nicht beizukommen ist, in dem man sich auf fragwürdige Absprachen mit Faschos und Gesprächen mit inkompetenten Personen aus dem Jugendamt einläßt, sondern nur durch öffentliches Auftreten, Behindern oder Verhindern von Nazi-Propaganda.
Deshalb wurde zur Demonstration um 18.00 Uhr auf dem Anger aufgerufen, 2 Stunden vor Beginn des Fascho Konzertes.
Zwei Tage vor dem Konzert wurde das seit einem halben Jahr besetzte bunte Haus in der Lassallestr. 57 von ca. 7 Faschos angegriffen. Trotz Gegenwehr gelang es ihnen 2 Fensterscheiben einzuwerfen, danach flüchteten sie, bekamen aber später noch die entsprechende Reaktion zu spüren.Weiterer Nazi-Terror fand in den nächsten Tagen statt. In der Stadt wurden einzelne alternativ aussehende Menschen von Faschos angegriffen und zusammengeschlagen.

Am Samstag, in der Stadt war Kirchentag und etliche Prominenz hatte sich angekündigt, sammelten sich auf dem Anger ab 18.00 Uhr ca. 150 Menschen. Der Vertreter des AJZ hatte sich vorher von der Demo öffentlich distanziert.
Das Jugendamt hatte seinen Vertreter auf den Anger geschickt, um die Demo zu verhindern.
Als die Demo dann begann unternahm dei Polizei 2 Versuche, mit den Leuten , die vorne liefen ins Gespräch zu kommen, sie zum anhalten und zum Abbruch der Demo zu bewegen. Um so perplexer waren die Bullen, als niemand auf sie hörte, die Menschen einfach weiterliefen und sie völlig konsterniert stehenblieben.
An belebten Punkten wurde ein Flugblatt zu unserem Protest gegen das Konzert verlesen.
Der Demonstration schlossen sich immer mehr Leute an, so daß es zum Teil sicher über 200 Leute waren.
Dann gab auch die Polizei bekannt, daß die Demo, sollte sie friedlich verlaufen, stattfinden könne.
Nach knapp einer Stunde wurde die Demo am Bahnhof aufgelöst.
Laut Infos der Presse gab es noch eine Bombendrohung, die jedoch vom anwesenden Vertreter des Jugendamtes nicht weitergeleitet wurde.
Um ca. 01.30 Uhr wurde das Konzert, das fast zu Ende war, von ca. 200 Antifas angegriffen. Die Polizei begab sich jedoch fast sofort schützend vor die Faschisten. Dafür mußten sie den Steinhagel einfangen, der den Faschos entgegenflog. Die Polizei und BGS versuchten die Antifas einzukesseln, was ihnen jedoch dank der Dynamik der Leute nicht gelang. Nach dem Einsatz von Tränengas und Hundestaffel mußten sich die Antifas jedoch zurückziehen.
Leider kam es zur vorübergehenden Festnahme eines Antifas.
Im weiteren Verlauf des Tages blieb es ruhig.

FAZIT:

1. Es war für uns neu, und wir betrachten dies als neue Qualität,daß das Jugendamt, aus einem sonderbaren Demokratieverständnis heraus, für und mit den Faschos ein Propaganda Konzert organisiert.

2. Schien uns die Erfurter Szene zumindest am "Minimalkonsens", dem "offenen Antifaschismus" bisher noch fähig und gewillt zumindest punktuell zusammenzuarbeitn, so hat sich dies inzwischen geändert.
Es ist klargeworden, daß bestimmte Menschen die Spaltungspolitik der Stadt und des Jugendamtes mittragen, wenn nicht gar mitbetreiben. Dies war eine Erfahrung, die für die Zukunft Konsequenzen erfordert.

Einige Erfurter Antifas

"SCHÖNAU"
Rassismus - Antirassismus - Klassenkampf -

Dieser Text wurde geschrieben als Grundlage für eine Diskussion einiger LudwigshafenerInnen. Er ist entstanden in unseren Diskussionen über die Angriffe auf die AsylbewerberInnen in Mannheim--Schönau und die Aktionen dagegen. Er hat nicht den Anspruch, "den Rassismus" oder die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik umfassend zu erklären. Er soll aber dazu beitragen, die konkrete Situation besser zu verstehen, um künftige Angriffe dieser Art aktiverund effektiver bekämpfen zu können. Versteht diesen Text nicht als abgeschlossen und auch nicht als Produkt einer Partei oder einer politisch homogenen Gruppe. Versteht ihn als Aufruf zu diskutieren.

Mit der Demonstration am 13.6. war für viele die "Affäre Schönau" gegessen. Aber es bleibt ein zwiespältiges Gefühl: eine gewisse Erleichterung darüber, daß die Demo widder Erwarten nicht zusammengeknüppelt wurde und der "Schönauer Mob" momentan (!) Ruhe gibt, zumir dest nicht mehr in großer Zahl vor dem Flüchtlingslager aufläuft. Diese Erleichterung hat allerdings noch eine andere Wurzel: viele waren unzufrieden mit den Aktionen (mit ihrer politischen Ausrichtung und ihrem praktischen Verlauf), nicht zu übersehen war eine gewisse politische und praktische Hilflosigkeit gegenüber dem "Schönauer Mob", gegenüber den Bullen, gegenüber der staatlichen Propaganda....Unter dem Druck der Ereignisse waren wir und viele andere, die sich mit Bauchschmerzen beteiligten, eingeklemmt zwischen den verschiedenen Strömungen des Antirassismus/Antifaschismus: zwischen dem Konzept der "Strafexpedition" ("Zerschlagt den deutschen Mob"), zwischen einer Flüchtlingspolitik, die sich nur aus einer moralischen Parteinahme für die Schwächeren speist und in der Konsequenz in die alternative Sozialarbeit mündet und zwischen einem Antirassismus, dessen praktisches Ziel die reibungslose Integration "der ausländischen MitbürgerInnen" in die kapitalistische Gesellschaft ist, an der er offensichtlich keinerlei grundlegende Kritik hat.
Auf viele Leute, die handeln wollten, wirkte das taktierende Hickhack der verschiedenen Gruppen und Organisationen auf den Versammlungen abstoßend. In der Zerfahrenheit der meisten Aktionen und Demos konnte mensch sich nur schwer zurechtfinden, verstärkt dadurch, daß die konkreten Entscheidungen von einigen Wenigen hinter den Kulissen und für viele nicht nachvollziehbar stattfanden.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die verschiedenen Bewegungen und Aktionen der letzten Wochen auf die Ideologie der Flugblätter und der Redebeiträge und auf die Entscheidungen der WortführerInnen zu reduzieren. Schließlich ist das, was heute in der Gesamtheit als antifaschistische/-antirassistische Bewegung erscheint keine homogene und kompakte Einheit. Wir denken, daß die subjektiven Beweggründe vieler Menschen, die sich an den Demos beteiligt haben, verschieden sind von dem, was letztlich der öffentliche Ausdruck war. Und darüber raus, daß diese Beweggründe oftmals politischer sind, ein höheres Maß der Kritik am Bestehenden beinhalten als das, was sich in den stereotypen Anti-*-ismen äußert.
Ein paar Beispiele sollen dies verdeutlichen:
- die alte Frau, die sich lautstark mit den hungerstreikenden AsylbewerberInnen auf der Breiten Straße solidarisierte, ist nicht einfach "gegen Rassismus" und "für gleiche Rechte". Sie arbeitet in einer Schnellfresse; als sie sich den Arm gebrochen hat, stellten sich die immigrierten KollegInnen auf ihre Seite, gegen den Druck der Geschäftsleitung und einiger deutscher KollegInnen. Ihre Solidarität speist sich nicht aus der "Moral der guten Menschen", auch nicht aus dem Grundgesetz, sondern explizit aus einer Erfahrung des Konflikts mit der alltäglichen Ausbeutung.
- der Punk, der die Nazis bekämpfen will, hat ganz materielle Gründe für seine Solidarität mit den Flüchtlingen: er verteidigt seine Verweigerung der kapitalistischen Normen, seine Kritik an der Verlogenheit dieser Gesellschaft, letztlich eine ganze Lebensweise, die von den Nazis ebenso angegriffen wird wie die AsylbewerberInnen...Solidarität ist für ihn weit mehr, als eine Frage der Moral.
- die Schülerin, die die Schnauze schon voll hat, bevor der sogenannte Ernst des Lebens begonnen hat und die begreift, daß derselbe Staat, der die Flüchtlinge in die Lager sperrt, sie selbst letztendlich hinter die materiellen und immateriellen Mauern des "Ernst des Lebens" sperren will.
- letztlich basierte ein großer Teil der Demo am 13.6.. auf einer spontanen Mobilisierung; niemand weiß so genau, woher urplötzlich die vielen Leute kamen. Zweierlei ist aber unbestreitbar:
Erstens waren es sehr viele Menschen, die nicht zu den traditionellen Scenes der Linken, der Antifa und den Antirassismus-Zirkeln gehören. Es gehörte nach dem Gemetzel am Samstag vorher eine gehörige Portion Mut dazu, auf die Straße zu gehen. Ohne die Brutalität des Bulleneinsatzes gegen uns und die offensichtliche Verharmlosung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen durch die Presse, wären diese Menschen zwar nicht auf die Straße gegangen. Aber der Antrieb dazu resultiert sicherlich auch aus einer umfassenderen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen.
Zweitens werden sich die meisten dieser Menschen nicht am Punkt Antirassismus organisieren. Zum einen weil sich der Antirassismus/Antifaschismus allenfalls auf einen Bruchteil ihrer Realität, ihrer Konflikte in der Maloche, in ihren Beziehungen, in der Familie, in ihrer Clique...bezieht, wenn überhaupt. Zum anderen fehlt überhaupt die Bereitschaft sich zu in den traditionellen Formen politisch zu organsieren. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen,

wieso unter den Jugendlichen und den ArbeiterInnen diese Bereitschaft kaum da ist.

Wir denken, daß es sehr wichtig für ein zukünftiges Vorgehen ist, unsere Aktionen ohne Schönfärberei zu kritisieren.
So stimmen wir nicht mit "den FrankfurterInnen" überein, die auf einem Redebeitrag behaupteten, "wir hätten die Pressesperre durchbrochen". Vielmehr war es so, daß "unsere" Aktionen von der bürgerlichen Presse weitgehend in eine reaktionäre Propaganda eingebunden wurden, deren Kern etwa so aussah: Asyllager - Chaoten - Gewalt - Polizei- Ruhe. Die Taktik der Verantwortlichen, mit der Hetze gegen die "Chaoten, Gewalttäter und Politrocker" vom eigentlichen Konflikt auf der Schönau abzulenken, hat weitgehend funktioniert. Zweitens müssen wir uns eingestehn, daß (zumindest in der unmittelbaren Situation) nicht "wir" der Schutz für die AsylbewerberInnen waren, sondern die Bullen. Der "Schutz" war also eine - wenn auch wertvolle und solidarische - trotzdem weitgehend symbolische Geste. Ganz konkret ist es jetzt für jede/n einzelne/n AsylbewerberIn im Alltag hundertmal gefährlicher als in den meisten Situationen der letzten Wochen. Es ist nicht auszuschließen, daß "das nächste Mal" die Bullen und der Staat eine andere politische Linie fahren und eben nicht da sind. In dieser Situation ist es nötig dem Mob die Herrschaft über die Straße zu entziehen. Dazu ist es wichtig, den "Mob" sehr genau einschätzen zu können. Das duldet keine Vereinfachungen und Pauschalisierungen und Übertreibungen.
In diesem Zusammenhang kritisieren wir einige Darstellungen in den Publikationen der Linken. Ein Beispiel: Eine Stellungnahme des Infotelefons/Frankfurt schreibt: ".....Trotz der zeitweilig mit drei Hundertschaften präsenten Polizeikräfte, konnten Angriffe nicht verhindert werden. Es wurden mehrere Scheiben des Wohnheims eingeworfen und es gelang einer Gruppe von Faschisten, trotz der ***angeblichen*** (Hervorheb. von uns) Schutzmaßnahmen der Polizei , nachts ein Loch in den Zaun zu schneiden und in das Gelände einzudringen....." Diese Darstellung ist zumindest mißverständlich: sie suggeriert eine Situation, in der drei Hundertschaften Bullen (!) die Lage nicht im Griff haben und damit eine Stärke, Entschlossenheit und Organsisiertheit "der SchönauerInnen", wie sie s o nicht da war. Der "Mob", wie er wirklich war, war schlimm genug - wir müssen das nicht übertreiben.....Drittens ist es so, daß das anfängliche Ziel der Demo, die "Vertreibung des Mob's von den Straßen " nicht erreicht wurde. (Was zudem ein recht widersprüchliches Ziel ist, denn wie will man die BewohnerInnen eines Stadtteils dauerhaft von den Straßen vertreiben bzw. wer will das überhaupt ?)
Viertens war die Demo am Samstag, dem 13. eher geduldet, als durchgesetzt. Was wir erlebt haben, war die klassische Mischung von Peitsche und Zuckerbrot, vermittelt über einen Prozeß der Deeskalation: den starken Staat wie er knüppelt und den starken Staat in seiner souveränen und toleranten Pose. In dieser Abfolge eigentlich nichts neues und wenig überraschend. Überraschend war eher die Dimension des Einsatzes und wir denken, daß dabei präventive Überlegungen eine Rolle spielen, die sich nicht auf die 2000 DemonstrantInnen, sondern auf eine auch für die Herrschenden zunehmend unkalkulierbares Verhalten der Bevölkerung beziehen. Der Polizeieinsatz - das Abriegeln einer ganzen Stadt - war auch eine Notstandsübung.

Auf vielen Flugblättern stand "Hoyerswerda in Schönau" - teilweise zurecht mit Fragezeichen versehen.
Die äußerlichen Unterschiede lagen in der Art der Pressedarstellungen und im Vorgehen der Bullen.
In Hoyerswerda zeigte sich der Staat relativ schwach. Sowohl gegenüber dem "Mob", als auch gegenüber den linken Demonstranten. Mit dieser Schwäche öffnete er auch letztlich den Raum für die folgende rechte Brandsatzkampagne gegen Asyllager als auch für die spalterische Kampagne der Alternativen und Linken gegen die Ostdeutschen. (TAZ: "Die Ossis sind nicht reif für die Demokratie..."). Die Medienkampagne nach Hoyerswerda kam einem Aufruf an die Faschos gleich, zu handeln (was sie dann auch gemacht haben). Die politische Situation in der Ex-DDR war zu diesem Zeitpunkt weitgehend unkalkulierbar. Es standen Entlassungen an, es gab massenhaft Aktionen von ArbeiterInnen (z.B. die Besetzung der Autobahn durch tausende ArbeiterInnen der Trideltawerke - übrigens ganz in der Nähe zu Hoyerswerda..). Der Staat brauchte in dieser Situation einen Sündenbock - die Flüchtlinge - gegen die aktiv und massenhaft vorgegangen wird.
Aber wir würden uns in die Tasche lügen, wenn wir dasselbe für Schönau (wie in einigen Flugblättern geschehen) behaupten: der Staat, die Bullen, der Bürgermeister, die Parteien waren von Anfang an darauf aus, die Randale vor dem Lager zu unterdrücken, zu befrieden und totzuschweigen. Sie wollten gerade keine Nachahmungseffekte. Die Bulleneinsätze gegen den "Mob" waren relativ hart, und wir dürfen da in der Beurteilung nicht unsere Maßstäbe und Erfahrungen oder die des Vorgehens der Bullen gegen organsierte Faschisten oder Skins anlegen. Anfangs haben die Bullen mit einem flächigen Einsatz teilweise undifferenziert (Frauen mit Kindern, Alte..) zugeschlagen, was sie später bereut haben.
Das soll nicht heißen, daß der Staat heute kein Interesse mehr an der Spaltung der ArbeiterInnenklasse hat und daß das System keine Sündenböcke mehr braucht. "Schönau" kam ihnen aber offensichtlich - momentan - ungelegen.
Es wird zu diskutieren sein, wie sich diese Tatsache dazu verhält, daß jedem/r - natürlich auch dem OB - mit der Einrichtung des Lagers auf der Schönau klar war, daß es dort krachen wird.

Es gibt eine bestimmte Masche insbesondere der Sozialdemokratie, der Grünen und der Pfaffen, die etwa so aussieht: Schönau ist ein "sozialer Brennpunkt", es gibt eine Menge "Probleme" und in Schönau funktioniert nicht alles so, wie "es" sollte. Schönau sei ein "vernachlässigter Stadtteil" mit einer "komplizierten Sozialstruktur". Aus dieser Sichtweise resultiert dann:
"Man muß auch Verständnis mit den Schönauern haben, ihre Sorgen, Probleme und Ängste ernst nehmen....". Eine gewisse Toleranz gegenüber den Angriffen auf die AsylbewerberInnen.
Eine linke Variante davon ist, die SchönauerInnen als "Opfer der Krise des Kapitalismus" zu sehen, als Objekte einer Entwicklung, als Marionetten der reaktionären

Propaganda.
Die ganze Sichtweise der Sozialdemokratie und ihrer linken Anhängsel begreift "Schönau" als Problem der Sozialpolitik, als technisches Problem der kommunalen Bevölkerungspolitik. Sie sehen "Schönau" als Ausrutscher, als Lücke, die es schnellstmöglichst auszufüllen gilt. Womit ? Zuerst kommt die Staatsgewalt in Form der Bullen - nicht übertrieben hart, aber allemal geeignet einzuschüchtern. Dann kommen die Sozialtechniker, die SozialarbeiterInnen, die Manager des Elends. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Umstellung einer Schule auf Ganztagsunterricht. Dann wird (falls noch Kohle übrig ist) die Stadtteilkultur aufgepeppt, kriegen irgendwelche fetten Vereinsvorsitzenden mal ein paar Tausender rübergeschoben, wird vielleicht endlich die Pergola der wunderschönen Kindertagesstätte repariert, kriegt das Jugendzentrum seinen zweiten Sozialarbeiter, kriegen die FixerInnen entweder mehr Druck oder billigeres Heroin...für den Fall, daß die Kohle "nicht da ist", eben die billige Lösung: Bullenpräsenz - und vielleicht ist der Schutz der AsylbewerberInnen nicht mehr als ein Vorwand....
Ein erster Schritt der Kontrolle war schon die "sozialverträgliche Belegung" des Lagers (viele befürchten, daß die aufgestaute Wut des "Mob's" dann nicht mehr auf doch ziemlich wehrhafte junge Männer aus den Kriegs - und Krisenregionen dieser Welt trifft, sondern eben auf Frauen und Kinder).
Die ganze staatlich - sozialdemokratische Sichtweise steckt voller Widersprüche -
Tatsächlich ist "Schönau" - trotz einem riesigen sozialdemokratischen Wählerpotential von ca. 50% - Ausdruck des Scheiterns der SPD - eines schwitzenden Widders im "Mob"....und es wäre unsererseits völlig daneben, dieses dadurch entstandene Vakuum jetzt ausfüllen zu wollen, die Forderung an den Staat zu richten, praktisch wieder gutmachen zu wollen, was die SPD nicht mehr hingekriegt hat, die konsequenten Sozialdemokraten im linken Gewand zu spielen.
Wir lehnen es ab, einen proletarischen Stadtteil zum Objekt staatlicher Befriedungspolitik zu machen, mehr Bullenpräsenz zu fordern und ähnliche Vorstellungen einer vermeintlichen "Bekämpfung des Rassismus".
Genauso lehnen wir es ab, die Angriffe auf die Flüchtlinge in irgendeiner Form zu entschuldigen. Demgegenüber denken wir, daß es gerade wichtig ist Verhaltensweisen wie die der "SchönauerInnen" scharf, in der unmittelbaren Situation auch mit physischer Gegengewalt zu kritisieren. Keine Mißverständnisse: damit meine ich nicht das autonome "Konzept Strafexpedition", das nicht mehr differenziert, das nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand ganz Schönau zum faschistischen Gebiet erklärt und eine falsche Konfrontationslinie entwickelt...Die politische Haltung gegenüber "den SchönauerInnen" wäre auch nicht: "Ihr geht gegen Schwächere vor...das ist unmoralisch und wird von uns bestraft..." sondern: Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was Eure KlassengenossInnen sind und damit auch letztlich gegen Euch selbst...Ihr schadet der ArbeiterInnenklasse und nutzt den Reichen, den Managern und Politikern.....";
diesem politischen Anspruch wurden lediglich zwei Flugblätter gerecht: das eine "Rebellion ist gerechtfertigt.." war in dieser Hinsicht richtungsweisend; das zweite war ein Flugblatt von Frauen: es griff die Verhaltensweisen der "Schönauer", die vorgaben ihre Frauen zu verteidigen, frontal an. Indem es darauf hinwies, daß es die Vergewaltiger natürlich auch unter den Flüchtlingen und unter den linken Demonstranten gibt, hat es die realen Widersprüche wesentlich schärfer benannt, als die ganzen Schwarz--Weiß-Gut-Böse-Flugblätter, die sonst verteilt wurden. Es ist von einem eigenen subjektiven Interesse aus geschrieben und wendet sich an ein Subjekt; schade, daß es nur auf der Demo und nicht an die Schönauerinnen verteilt wurde...diese wären ja wohl die einzige Kraft, die wirklich in der Lage ist, ihre Männer von derartigen "Beschützeraktionen" abzuhalten.
Genauso wie die sozialdemokratisch-sozialtechnische Entschuldigungs-Linie lehnen wir allerdings auch Analysen ab, die sich mit einer unpolitischen, weil nur moralischen Gegenüberstellung der Kategorien Täter - Opfer zufriedengeben. Wer meint, daß die Diagnose "tiefsitzende rassistische Denkstrukturen" ausreicht, hat nichts kapiert und wird eben diese "rassistischen Denkstrukturen" auch nie wirklich bekämpfen können.

Was IST Schönau und warum sind die SchönauerInnen so wie sie sind oder gibt's überhaupt " die SchönauerInnen" ?

"Schönau ist kein normaler Stadtteil, das ist von Anfang an völlig geplant" (ein Mitarbeiter des Stadtarchivs)
"Schönau hat keine organische Entwicklung durchlaufen wie andere Stadtteile Mannheims..."oder so ähnlich (Meier)
Schönau war bis Mitte der 30er Jahre eine wilde Siedlung aus Bretterbuden und Baracken aus Kanisterblech. Hier wohnte ein Teil des städtischen Subproletariats, das sich - weitgehend außerhalb der kapitalistischen Produktion - über Kriminalität (z.B. Holzdiebstahl), Geflügelzucht usw. reproduzierte. Es ist klar, daß dem Faschismus derartige unkontrollierte Strukturen der "Arbeitsscheuen" und "Asozialen" ein Dorn im Auge waren. Die faschistische Stadt- und Sozialplanungspolitik "machte aus der Not eine Tugend": die GBG erstellte einen strengen Bebauungsplan und errichtete die ersten Blocks. Im Bemühen, "die Straßen Mannheims zu säubern", die Gesellschaft zu strukturieren und zu kontrollieren wurden die ersten paar Hundert Menschen auf die Schönau "eingewiesen", alles Menschen aus den untersten Schichten des Mannheimer Proletariats.
Wir wissen wenig über diese erste offizielle Phase. Wahrscheinlich ging aber der Zweck dieser Maßnahme über die "Säuberung Mannheim's" raus: die Konzentration und Ghettoisierung dieser Menschen lieferte möglicherweise die Bedingungen für das faschistische Projekt der Arbeit, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsdienste und Zwangsverpflichtungen. Nicht unpraktisch für die Herrschenden, daß gleichzeitig mit den Blocks nebendran, in der heutigen Lilienthalstraße, eine Kaserne für die faschistischen Bullen gebaut wurde.
Nach dem Krieg war die Gendarmeriekaserne und einige Gebäude am Ende der Kattowitzer Zeile von US-Einheiten belegt.
Die kommunale Bevölkerungspolitik setzt bruchlos fort, was der Faschismus '35 auf der Schönau begonnen hatte:

"....am Nordende werden weitere 500 zusammengetrommelte und dahergelaufene Menschen in acht Baracken ausgesetzt..."(MM, 10.9.60, siehe Artikel in der Doku)
Die Mannheimer Innenstadt ist zerstört, Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten sind unterwegs. Diese Menschen werden "schier grenzenlos in die Schönau hineingepumpt"(MM), Innerhalb von zehn Jahren wird die Einwohnerzahl fast verdreifacht, von ca. 5000 nach dem Krieg auf 15000 bis 1958. "Mannheimer und Polen, Ungarn und Tschechen, Pommern und Schlesier, Ostpreußen und Sachsen. Daß hier soziale Probleme entstehen haben die Londoner in ihren Slums längst vor uns und krasser erlebt...(MM, 1960). Zu dieser multinationalen Zusammensetzung kommen die vielen GI's, die auf der Schönau bleiben und ihre Kinder. "Der letzte Schlag war der viel kritisierte Gemeinderatsbeschluß, nach dem 55/56 im Neubaugelände drei Wohnblocks für Minderbemittelte gebaut wurden und in denen - ebenfalls massiert - noch einmal rund 500 Sozialschwache in das bereits angeschlagene Gebiet gestopft wurden..."(MM, 1960)
Viele der Schlagzeilen aus der Zeitungsberichterstattung nach dem Krieg erinnern uns verblüffend an das, was heute diskutiert wird. Beispielsweise waren die Quoten der Flüchtlingszuweisung auch damals vom Land festgelegt. Es gab schon damals die liberale Kritik an der Konzentration von Flüchtlingen in einem Stadtteil. Es gab Auseinandersetzungen um die Wertminderung von Häusern durch die "schlechte Nachbarschaft". Es gab den Konflikt zwischen den alten Siedlern, den Flüchtlingen und den "Asozialen", der in Intensität und Gewalttätigkeit den heutigen Auseinandersetzungen in nichts nachsteht und der der Schönau den Spitznamen "Klein-Mexiko" einbrachte. In den 60er und 70er Jahren folgten weitere Einwanderungswellen, zuerst die ItalienerInnen, dann TürkInnen, JugoslawInnen, GriechInnen, PortugiesInnen......
Schönau ist das Ergebnis sehr moderner kapitalistischer Stadtplanung und Bevölkerungspolitik. Vom Faschismus initiiert wurde es nach dem Krieg zu einer der ersten Trabantenstädte, lange bevor Ende der 60er Stadtteile wie Pfingstweide oder Vogelstang hochgezogen wurden.
Was bedeutet diese Geschichte im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen ?
In einigen Flugblättern wurde der Konflikt auf der Schönau als "Angriff des deutschen Mob's auf AusländerInnen" beschrieben. Das ist falsch: es handelt sich um einen Konflikt innerhalb eines multinational zusammengesetzten Proletariats. Viele, die die AsylbewerberInnen angegriffen haben, waren selbst Flüchtlinge oder sind die Kinder von Flüchtlingen, viele, die "die Neger" angegriffen haben, sind selbst "Farbige", viele die so taten, als wären sie Einheimische, sind ebensowenig wie die AsylbewerberInnen freiwillig dorthin gezogen, sondern wurden "eingewiesen", wohnen ebenso wie die AsylbewerberInnen in Kasernen, auch wenn die (inzwischen !) eine bessere Ausstattung haben.
Wenn wir schon von "Rassismus" reden, müssen wir klarstellen, daß es ein sehr spezifischer Rassismus ist.Es ist eher eine Form von Fremdenfeindlichkeit, die auf der Schönau Geschichte hat. Das ist vom Rassismus eines Widder wesentlich verschieden. Es wird zu diskutieren sein, ob es sowas wie einen "rassistischen Konsens" gibt, also ein Zusammengehen von rassistischer Bevölkerungspolitik, dem Rassimus der Stammtischbrüder, dem der "Marginalisierten" und dem der organsisierten Faschisten.... Unsere These ist, daß es falsch ist, alles in einen Topf zu werfen, weil es uns auf der Ebene der Analyse einengt und uns praktische Handlungsmöglichkeiten verbaut.

Schönau ist ein "Arbeitervorort mit wunden Punkten" (MM). Es ist ein Stadtteil mit einer ungeheuren Homogenität, tatsächlich gibt es auf der Schönau kaum Reiche, sehr wenig Akademiker, eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen sehr schmale Mittelschicht. Gleichzeitig ist Schönau in sich extrem gespalten. Es gibt die Eigenheime der garantierten Teile der Arbeiterklasse genauso wie - in verschiedenen Abstufungen - die häßlichen Blocks, in denen die prekären Schichten der Klasse wohnen. Die Baracken der zweitgrößten Obdachlosensiedlung der Stadt wurden zwar 1972 abgerissen, aber was an deren Stelle gesetzt wurde ist auch nicht viel besser. Die Beziehungen der BewohnerInnen zu den Benz-Baracken im nahegelegenen Stadtteil Waldhof , die den "größten zusammenhängenden Slum Deutschlands" (Merian) bilden, sind eng und ein überverhältnismäßig großer Teil der Leute aus den Benz--Baracken setzt sich aus ehemaligen, zwangsgeräumten oder sonstwie obdachlos gewordenen SchönauerInnen zusammen. Die Nachfrage nach Wohnungen ist auf der Schönau wesentlich höher als in den meisten anderen Stadtteilen. Große Familien in immer noch sehr kleinen Wohnungen, wenn auch nicht mehr zu siebt in einem Zimmer, wie in den 50er Jahren.
Es gibt eine sehr große Drogenscene, vermutlich auch deshalb, weil es viele GI's gibt. Es gibt eine große Alk--Scene, die stark unter Druck steht. Ihr Treffpunkt, der Kiosk im Park hinter der Endhaltestelle, wurde vor einiger Zeit kurzerhand geschlossen.
Aufgrund der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils und weil es nichts gibt, keine Discos, nur ein mickriges Jugendzentrum und keine Kneipenkultur wie etwa in der Neckarstadt, spielt sich das gesellschaftliche Leben auf der Straße ab.
Das ist eine der Bedingungen , w i e es zwei Wochen lang zu relativ massenhaften Versammlungen vor dem Lager kommt: die Leute sind sowieso auf der Straße und "so ist es halt in Schönau: wenn was los ist läuft gleich halb Schönau zusammen.." (ein Schönauer Jugendlicher).
Die Menschen, die an der Endhaltestelle, im Park, vorm Jugendzentrum rumlungern, die ständig auf der Straße sind...sie waren der militante Kern des "Mob's".
Einige Aspekte zu den Motiven und zum Ablauf ihrer Angriffe gegen die AsylbewerberInnen:
- Ihre Scenes sind stark gespalten, es gibt einen ständigen Kampf aller gegen alle, der Cliquen untereinander, es gilt das Gesetz des Stärkeren. Sie heben ihre Rivalitäten und Streitigkeiten untereinander auf und wenden diese kollektiv gegen die Flüchtlinge....Die Härte und Gewalttätigkeit ihres Auftretens entsteht nicht erst im Angriff auf die AsylbewerberInnen, sondern sie ist schon vorher in ihrem Alltag da.....
Konkret war es so, daß sich die Ausweitung und Vermassung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen direkt im Anschluß an einen Konflikt untereinander, gewissermaßen

aus diesem heraus ergab: Die Massenschlägerei beim Siedlerfest wurde von den Bullen unterbunden, das Fest beendet. So gesehen haben die Bullen eine der Bedingungen geschaffen, die FestbesucherInnen vor's Lager zu mobilisieren.

- Ihr Konkurrenzverhältnis mit den AsylbewerberInnen auf der Schönau und ImmigrantInnen im allgemeinen, was sie wiederum auf die Flüchtlinge auf der Schönau übertragen, ist zum Teil real, zum Teil konstruiert. Sie befürchten, daß sie demnächst mit den AsylbewerberInnen um die Schwarzjobs konkurrieren, um den "Topf" des Sachbearbeiters auf dem Sozialamt, um Wohnungen, sie befürchten, daß ihnen demnächst ihr Revier als kleine DrogendealerInnen strittig gemacht wird, daß die Chefin der Putzkolonne eine Immigrantin bevorzugen könnte.....

Oftmals wird - bei weitem nicht nur seitens der Pfaffen - versucht, die Angriffe lediglich aus ihrer unmittelbaren Erscheinung heraus politisch zu interpretieren und den "Rassismus" als individuelles Fehlverhalten der "Täter" zu begreifen.

Wer die gesellschaftlichen Aspekte der Angriffe ausblendet, und - ergänzend dazu - die Flüchtlinge nur als "Opfer" begreift, erkennt den Flüchtlingen damit letztlich jegliche soziale Subjektivität ab. Dies ist rassistisch.

- Weil die SchönauerInnen auf der Straße sind und die AsylbewerberInnen eben auch keine anderen Möglichkeiten der "Freizeitgestaltung" haben, entwickelt sich ein Konflikt um die Straße. Sie meinen "ihr Revier" verteidigen zu müssen.

- Sie greifen die AsylbewerberInnen nicht nur deshalb an, weil diese schwarz sind (das sind sie auch gar nicht alle), sondern weil sie, wie sie selbst, ProletarierInnen sind.

Für die Schicht dieser Menschen ist die Perspektive des individuellen Aufstiegs, eines der wesentlichen Momente der Integration, stark reduziert. Sie stehen unten. Über die Aktionen versuchen sie, sich gegen ein neues "unten" abzugrenzen. Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft. Mit ihren Aktionen rechnen sie mit der Zustimmung der Gesellschaft, sie setzen um, was viele denken und was die Propaganda der Medien nahelegt.

Sicherlich waren nicht nur solche Leute, aus den unteren Schichten des Proletariats beteiligt. Wir denken aber, daß sie eine zentrale Bedeutung in den Angriffen auf die AsylbewerberInnen gespielt haben.

Bis heute ist völlig unklar, welche Rolle organsisierte Faschisten gespielt haben. Es gab Behauptungen, diese hätten eine entscheidende Rolle gespielt. Umgekehrt wurde auch das genaue Gegenteil und damit ein wichtiger Unterschied zu Hoyerswerda behauptet. Beide Behauptungen sind unserer Meinung nach bis heute nicht beweisbar. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Faschisten jetzt ihre Möglichkeiten auf der Schönau nutzen werden.

Der Begriff "Rassismus" taugt in seiner Allgemeinheit wenig dazu, zu erklären, was auf der Schönau los war/ist/- und auch vermutlich weiter sein wird. Er ist eine Art "analytische Dampfwalze" die sämtliche Unebenheiten der konkreten politischen und sozialen Situation einebnet.

Wir haben eine lange Diskussion geführt über die Rolle rassistischer Ideologie unter den "SchönauerInnen". Zweifellos ist diese bei vielen - wenn auch nicht allen - sehr massiv vorhanden. (So gab es durchaus Stimmen, für die im Mittelpunkt die Kritik an der Institution Lager stand, und die sich von rassistischen Äußerungen abgrenzten. Eine bruchlose rassistische Identität aller Beteiligten des "Mob's" zu behaupten, geht an der Situation vorbei und schwächt uns. So verbaut diese Sichtweise beispielsweise die Möglichkeit, die Scharfmacher politisch und praktisch zu isolieren.....).

Unsere Diskussion über die Rolle rassistischer Ideologie drehte sich im wesentlichen um die Frage: gibt es eine Autonomie oder relative Autonomie rassistischer Denkweisen von den konkreten sozialen und materiellen Verhältnissen ? Ist der "Rassismus" Wurzel der Angriffe oder die ideologische Begleitmusik? Wollen die Leute "einfach nur ihren Rassismus ausleben" oder sind die Angriffe eine verquere, rechte Form des sozialen Protests ?

Wir denken, daß sich "rassistische Denkweisen" eben nicht von den sozialen Verhältnissen ablösen lassen:

Darüber raus: Eine verkürzte Analyse verharmlost die Angriffe. Gerade w e i l in den Angriffen soziale Motive stecken, sind sie gefährlich. Gerade w e i l sich da nicht nur "blanker Rassimus" ausdrückt, sind solche Bewegungen brisant.

Und gerade dies eröffnet uns praktische Möglichkeiten, die über die Bekämpfung des "blanken Rassismus" durch den "blanken Antirassimus" rausgehen.

Ansonsten werden wir weiterhin reduziert bleiben auf die Funktion eines (schlechten) Feuerlöschers, der eingesetzt wird, wenn's schon brennt. - Und wir gehen davon aus, daß Schönau nicht die letzte Mobilisierung gegen AsylbewerberInnen sein wird. Wenn wir solche Mobilisierungen wie den "Schönauer Mob" wirklich effektiv verhindern wollen, müssen wir die theoretischen und praktischen Einengungen des Antirassimus/Antifaschismus durchbrechen. Dies beginnt damit, die Ereignisse als Probleme des Klassenkampfs zu interpretieren, einen Zugriff auf die gesamte Klassenrealität sämtlicher Teile des Proletariats, in diesem Fall der ImmigrantInnen, der SchönauerInnen und unserer eigenen zu entwickeln. Von diesem Standpunkt aus sind radikale Aktionen möglich, Demonstrationen könnten einen Inhalt haben, der angreift und eingreift.

Die Flüchtlinge und ihre Lage

Im November '91 wurden die ersten 59 Flüchtlinge in das Schönauer Lager eingewiesen.

Sie kommen zum großen Teil aus dem zersplitterten Jugoslawien, einigen schwarzafrikanischen Ländern (Nigeria, Südafrika...), aus Rumänien, der Türkei/Kurdistan....Sie werden aus der ZAST in Karlsruhe in Sammellager, in diesem Fall auf die Schönau verteilt. Dort sind sie zwischen einigen Tagen und mehreren Monaten und werden dann auf die kommunalen Asylunterkünfte verteilt.

Dies ist aber nicht durchgängige Regel: uns sind Fälle bekannt, wo Flüchtlinge in andere Landessammellager verschubt wurden.

Nach welchen Kriterien das Lager belegt wird ist für uns ziemlich undurchsichtig. Anfangs sollten es 300 - 400 Menschen sein; das wurde "aufgrund von Protesten" - dann reduziert auf 216. (Phasenweise war das Lager aber wohl "überbelegt"). Wir vermuten, daß mit Beginn der Angriffe

auf die AsylbewerberInnen die Zahl stark reduziert wurde. Bekannt ist uns, daß in der letzten Juni-Woche 40 Leute auf einmal verlegt wurden. Bekannt ist uns auch, daß einige gegen ihren Willen in Sammellager in die EX-DDR verlegt wurde. Dies ist eine erste Konfrontationslinie mit dem System der Lager und der Zuweisungen: viele verlangen sozusagen eine freie Wahl des Wohnorts, sei es weil sie irgendwo Verwandte oder FreundInnen haben, sei es weil sie über irgendeinen Ort Gutes oder Schlechtes gehört haben. Der Lagerleiter behauptet, er habe auf die Verlegungen keinen Einfluß, alles käme vom Land, von "oben". Wir denken aber, daß die Verlegungspolitik eine Methode ist, die "Disziplin" im Lager aufrechtzuerhalten, Einzelne zu erpressen, widerständiges Verhalten zu bestrafen. Die Zusammensetzung der LagerbewohnerInnen ist nicht nur Politik "nach außen", sondern auch eine Hierarchisierung und Spaltungsmethode nach innen. Die Belegungspolitik ist nicht zufällig oder ein rein bürokratischer Akt; sie ist ein äußerst flexibles Instrument der sozialen Kontrolle. Vor einigen Monaten gab es im Lager angeblich eine Massenschlägerei zwischen Leuten aus Afrika und dem Osten. Auslöser soll eine Bevorzugung einer Gruppe beim Essen gewesen sein. Wir wissen nichts genaueres, wie das wirklich war - es hat angeblich einige Verletzte und einen massiven Bulleneinsatz gegeben. Wir vermuten, daß es der Lagerleitung gelungen ist, ein kollektives Vorgehen aller LagerbewohnerInnen gegen den Fraß zu verhindern, indem sie einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt hat. Es hat kleinere Aktionen gegen das Essen gegeben: eine Gruppe von 6 Leuten verschiedener Nationalitäten hat sich aus Protest gegen das Essen eine Glatze geschoren.

In einem Lager bei Heilbronn gab es im Juni einen kollektiven Hungerstreik der AsylberwerberInnen gegen das Essen. Daselbe "Feinschmeckerrestaurant" in Heilbronn liefert auch das Essen für das Schönauer Lager.

Die LagerbewohnerInnen kriegen monatlich ganze 70 DM. Außerdem "dürfen" sie sich nebenher durch Putzen im Lager das Taschengeld aufbessern. Wir wissen nicht, wieviel sie dafür kriegen. Wir wissen auch nicht, ob einige, die vielleicht länger da sind, Schwarzjobs nebenher machen.

Die Fenster sind zum "Schutz" der Flüchtlinge vergittert, man kann sich auch nicht rauslehnen.Die Besucher werden Kontrollen unterzogen. Dies beginnt schon an der Pforte. Es wird unter den BesucherInnen selektiert, wer rein darf und wer nicht. Der Lagerleiter checkt die Leute ab, ob sie "Unruhestifter" sind. Die Lagerleitung bestimmt willkürlich, wer reinkommt und wer nicht. Durch die Belagerung durch den Mob wird die Bewegungsfreiheit der AsylberwerberInnen weiter stark eingeschränkt. Manche trauen sich nicht mehr raus.Die Polizei, die zum "Schutz" der AsylbewerberInnen da ist, hat über Wochen das Zustandekommen von Kontakten behindert, bzw. die Kontakte selektiert. Ab 17 Uhr gab es fast drei Wochen lang keinen direkten Zugang mehr zum Lager, indem das Gelände konsequent abgeriegelt wurde und verstärkt Streifen gefahren wurden.

Dieses Zusammenspiel des Mob's und den Verantwortlichen der Lagerpolitik bedeutet eine Verschärfung der Ghettoisierung.

Die Ghettoisierung und Abschottung der Flüchtlinge resultiert aber nicht nur aus ihrer materiellen Situation, aus den verschiedenen repressiven Maßnahmen: der kontrollierte und selektive Kontakt über caritative und sozialarbeiterische Initiativen ist genauso ein Moment der relativen Isolierung der Flüchtlinge. Der Staat kanalisiert so die sozialen Kontakte in eine Form, die seinen Interessen entspricht.

Aber daß es von uns aus sehr wenig Kontakt und Kommunikation mit den Flüchtlingen gab/gibt liegt nicht nur an den diversen Behinderungen durch die Lagerleitung, sondern hat seine Wurzel in der Unfähigkeit der regionalen linken Scene sich zu öffnen, auf andere Leute zuzugehen, aus dem eigenen Ghetto rauszugehen. Mensch ist gerne unter sich. Aber es ist auch ein politisches Problem: wie kann mensch einen Kontakt mit den Flüchtlingen herstellen, der auf einer gleichberechtigten Ebene abläuft ? Wie kann eine Kommunikation aussehen, in der die Flüchtlinge nicht von uns politisch instrumentalisiert werden und in der wir nicht die alternativen Sozialarbeiter spielen ?

Das scheint nicht einfach, ohne eine radikale Bewegung, die in der Lage ist die Einwanderung politisch zu thematisieren und die aber nicht auf diesen Punkt beschränkt ist. Andererseits kann das Fehlen so einer Bewegung kein Grund sein, nichts zu tun.

Auch individuelle und persönliche Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen sind notwendig und ein konkreter Akt der Solidarität. Schon allein deshalb, weil wir mitkriegen müssen, was in den Lagern abläuft. Wir können so die Verantwortlichen beobachten und die Bedingungen schaffen, gegen die staatlichen Methoden vorzugehen.

Die ImmigrantInnen kommen hierher und haben erstmal viel miesere Bedingungen als wir und als die Einheimischen und schon heimisch gewordenen Schichten der ArbeiterInnenklasse. Das Interesse der Flüchtlinge ist, möglichst schnell, diesselben Lebensbedingungen zu erreichen. Das heißt in erster Linie nicht mehr den ganzen repressiven Maßnahmen, der Drohung mit Abschiebung unterworfen zu sein. Den Wohnort frei wählen zu können, Wohnungen überhaupt, ein materieller Lebensstandard, der besser ist als in den Herkunftsländern.

Je eher die ImmigrantInnen gleiche Bedingungen erreichen, je weniger Unterschiede in der materiellen Lebenssituation es zwischen ImmigrantInnen und "Einheimischen" gibt, desto eher wird es möglich sein, weitergehende gemeinsame Kämpfe zu führen und rassistische Spaltungen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem direkten Interesse jeden Versuch der Einschüchterung, sei es durch die staatliche Politik oder durch den "Mob" zu bekämpfen.

Ludwigshafen, 2.7.92

DOKU

Eine 130-seitige Dokumentation mitPresseartikeln, Flugis und Kommentaren schicken wir Euch gegen Übersendung eines 10-DM-Scheins an folgende Adresse:

- DOKUGRUPPE -
c/o Schwarzwurzel
Jakob-Binderstr. 10
6700 Ludwigshafen

Kurze Antwort zu "Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit"

aus : Ausbruch Nr.33 (7/92)

Grundsätzlich ist zu begrüssen, dass dieser Teil der RZ sich zu der Diskussion zurückmeldet, die sich um ihr Papier aus dem Dez. 91 ergeben hat . So macht es auch einen Sinn, in der Auseinandersetzung zu bleiben, wenngleich die Meinungen dazu weiter auseinandergingen als vielleicht -von ihnen- erwartet worden waren.

Dennoch ist auch die jetzige Antwort nicht viel klarer als es schon der 1. Text gewesen ist. Dies mag zunächst vielleicht daran liegen, dass diese RZ nur sehr pauschal auf die differenzierte Kritik geantwortet hat und weitere sogen. Feststellungen nachschiebt, die auch nicht viel mehr aussagen.

So ist es ihnen insbesondere nicht gelungen, die Ereignisse um die Flugzeugentführung, die in Entebbe endete, klarer zu kriegen und die an sie gerichteten Fragen in ihre Überlegungen einzubeziehen. Nein, sie bleiben bei ihrem Vorwurf der "Selektion" und schieben noch eine kleine Nachricht hinterher (was mit Dora Bloch geschehen sei). Nun muss man sich auch in diesem Fall lediglich die Mühe machen und die bürgerlichen Agenturen zu Hilfe ziehen, um ihre "Feststellung" in arge Zweifel ziehen zu können. (nacheinander aus der SZ vom 1o.7., aus der NZZ vom 1o.7., und aus der NZZ vom 17.7.76 Auszüge:)

Dem Briten geht es um Informationen über das Schicksal der 75jährigen Dora Bloch, die zu den Airbus-Geiseln gehörte. Sie war von den Entführern freigelassen und in ein Krankenhaus gebracht worden; seither hat man nichts mehr von ihr gehört. (...)

Frau Bloch wurde am Freitag in ein Spital eingewiesen und flog in der Nacht zum Sonntag *nicht* mit den befreiten Geiseln nach Tel Aviv zurück. Durch Heirat besitzt sie die doppelte *israelisch-britische Staatsbürgerschaft.* Londons Hochkommissar setzt sich bereits für ihre Freilassung ein.

Die britischen Nachforschungen nach der in Uganda vermissten britisch-israelischen Doppelbürgerin Dora Bloch haben noch keine Ergebnisse gebracht. Seit Sonntag ist die Frau *verschollen.* Die ugandischen Behörden behaupten, nichts von ihrem Verbleib zu wissen. Sie sei bereits am Freitag nach ambulanter Behandlung vom Spital entlassen worden. Da Israel die Geiseln von Entebbe geholt habe, habe Israel auch für Frau Bloch die Verantwortung übernommen. (...)

Nach der nahezu als sicher geltenden Ermordung der 75jährigen *Dora Bloch* durch die Schergen Amins — im Sicherheitsrat ersuchte Israels Botschafter *Herzog* sogar um eine Uno-Intervention, um Uganda zu einer Herausgabe des Leichnams zu bewegen — (...)

Sie verharren weiterhin bei ihrer Meinung, über den Tod eines Genossen werde hinweg "zum politischen Tagesgeschäft übergegangen", ohne einen Moment einzuhalten, ohne zu reflektieren. Dies ist eine schlechte Unterstellung, denn wer hat ihnen dies erzählt, wo ist nicht nachgedacht worden (und in welchem Sinn?) und wer ist so eiskalt, um das "abzuhaken"? Aber sie erwarten doch dann eine Reflexion, die ihnen passt - oder was ist ihre Überraschung genau? Es können durchaus ganze andere Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sein, wobei allerdings ersteinmal Voraussetzung ist, dass die Wahrheit in den Tatsachen gesucht wird!

Nach wie vor ist auch in dieser 2. Stellungnahme völlig unklar, welches eigentlich die Position von Gerd in der konkreten Auseinandersetzung war und was ihn auch dazu gebracht hat, nicht ihrer Meinung zu sein. Hier reicht nicht einmal die Entschuldigung aus, sie hätten seiner Position "reichlich Raum gegeben", weil es immer noch ihre Darstellung bleibt!

Auch die zwei Punkte, die sie noch einmal aufgreifen, werden nicht klarer. Sie wiederholen ihre These, argumentieren aber nicht mit der Kritik (oder gegen sie) und schon gar nicht mit realen Entwicklungen. Sie sitzen- so hart das auch klingen mag- am sicheren Schreibtisch, verhandeln über die "Sinnhaftigkeit" nationaler Befreiungsbewegungen und entfernen sich stark von den Gegebenheiten. National im Norden und national im Süden dürften zunächst einmal nicht unbedingt mit gleicher Elle zu messen sein. Und nationale Befreiung gegen koloniale Unterdrückung mag zwar "überholt" klingen, bildet dennoch nach wie vor einen erheblichen Teil der Realität, Neo-kolonialismus genannt, mit denen viele Menschen des Südens bis heute zu kämpfen haben. Dies heisst nicht, dass die nationale Befreiung zugleich/automatisch mit allgemeiner Befreiung in eins zu setzen ist - das ist nun allerdings keine neue Erkenntnis, sondern Bestandteil einer durchaus kritischen Auseinandersetzung, die zw. Solidaritätsgruppen und nationalen Befreiungsbewegungen jahrelang geführt wurde und wird.

Insofern reicht es wohl nicht aus, als einzige Erklärung für den Wirbel um ihre Position anzuführen, dass es wohl mit Palästina zusammenhängen müsse...
Schliesslich sind ähnliche Diskussionen sowohl in und mit Nicaragua geführt worden wie auch derzeit zu El Salvador, zu Eritrea, zu Südafrika, zu....

Sie hätten hier vielleicht dann auch anführen können, wenn ihnen das solche Probleme bereitet, wie denn die Kritik und Praxis mit Bewegungen im Trikont zu führen sei, was darin nun tatsächlich die "antipatriarchale Debatte" für einen praktischen Stedllenwert hat. Dies negiert nicht, dass diese Debatte einen erheblichen Stellenwert hat, aber die daraus resultierende Praxis ist schon ein bischen deutlicher zu zeichnen (was soll denn nun mit den Männern im Trikont passieren, was für eine Auseinandersetzung hat mit Flüchtlingsmännern stattzufinden, mit diesen und jenen Genossen aus dem Trikont - und: fängt die beste Kritik nicht an den eigenen Strukturen an, an den dicken Balken in der eigenen Scene?).

Der zweite Punkt ihrer Entgegnung hackt noch einmal auf dem gar nicht "so unschuldigen Antizionismus" rum, er sei ja eigentlich zum Loyalitätstest geworden. Das ist bestenfalls Polemik, denn es bringt nicht voran. Es geht auch über die in vielen Teilen sehr differenziert geführte Kritik und die Geschichte des Antizionismus seit 1967 hinweg, bezieht sich nicht darauf. Warum muss rhetorisch gefragt werden, dass die vehemente Kritik der "deutschen Wolgarepublik" unterbleibe, sich stattdessen immer wieder Palästina /Israel zum Thema gemacht werde? Ist es einer Antwort würdig?
Es geht keineswegs um endlose Wiederholungen von erlernten Formeln und Tests. Es geht um die Wahrheit, die sich aus den Tatsachen ableitet, die in ihr enthalten ist.
Damit wird doch nicht im gleichem Atemzug unterschlagen, dass der reale Antisemitismus sich zum Ziel setzt, "die Juden" zum Erzfeind zu erklären, die NS-Geschichte fortzusetzen. Das ist doch pure Spiegelfechterei!
Es wäre hier vielleicht doch ratsam gewesen, die erste Kritik ersteinmal genauer zu erklären, statt sie zu wiederholen und auf die Entgegnung nicht einzugehen. So bringt dieser Teil nichts.

Schliesslich war der Text aber auch insofern nützlich, weil damit die Differenzen zu dem Teil der RZ klargestellt worden ist, die sich über "konkret" erst-(und letzt)malig zu Wort meldete. Immerhin machte er deutlich, dass die damals gestellte Frage, ob hier Traum oder Alptraum die Feder führten, nun beantwortet ist: ein keinesfalls von der gesamten RZ geteilter Text, der auch innerhalb der Gruppe auf deutlichen Widerstand gestossen ist.

Bleibt zunächst zum Schluss dieser kleinen Intervention die Frage, ob diese RZ-Gruppe schon dabei ist, ihren nächsten Irrtum vorzubereiten oder sich dieser Diskussion weiterhin stellt. Es ist natürlich wahr, eine Diskussion um ungeklärte "Problemfälle" braucht seine Zeit und Nachdenklichkeit. Zu wünschen ist allerdings, dass dieses Nachdenken von vielen bestritten werden kann.

Mit ein paar Zeilen wollen auch wir uns an der Diskussion um den Text "Gerd Albartus ist tot" beteiligen.

Erst einmal finden wir es natürlich gut, daß mit der Debatte um die verschiedenen RZ-Texte endlich bestimmte Tabu-Bereiche linksradikaler Geschichte ausgeleuchtet werden, verbunden mit einer Reflexion von zukünftiger internationalistischer - oder sozialrevolutionärer Politik überhaupt.
Was in der Auseinandersetzung allerdings schnell auffällt sind Ungenauigkeiten, die von beiden Positionen verbreitet werden:
Einigermaßen ärgerlich finden wir die Schludrigkeit in der die RZ („Gerd Albartus ist tot") mit konkreten historischen Fakten umgeht. Damit untergäbt sie selbst das Vertrauen in die von ihnen geäußerten Tatsachen und damit letzten Endes die politische Glaubwürdigkeit ihrer Texte überhaupt. Darüberhinaus vermeiden sie in ihrem zweiten Text (Int. Nr.195) ein Eingehen auf die geäußerten Kritiken und wiederholen nur ihre alte Position mit neuen Worten.
Bei mehreren Texten dagegen, wie dem obigen aus der Ausbruch (vom Juli) oder dem der "AK-Mehrheit" (AK 338) wird auf der Ebene der historischen Fakten mit großer Genauigkeit gearbeitet. Ihre politische Bewertung finden wir sehr verschwommem.
Nach bisherigem Wissensstand hat in Entebbe "eine Auswahl der Geiseln unter dem Kriterium Juden/Nichtjuden nicht stattgefunden. Tatsächlich ließ das Kommando (..) Menschen aus den Staaten aussteigen, deren Regierungen keine der GenossInnen gefangen hielten, deren Freilassung erreicht werden sollte. Kriterium dafür waren die Personlpapiere. Weiter als Geiseln im Flughafengebäude festgehalten wurden israelische und französische Staatsbürger. Die Vorgehensweise, einen Teil der Passagiere aus einer solch zugespitzten Situation, wie einer Flugzeugentführung zu entlassen, beinhaltet das Kalkül, mit den verbliebenen Geiseln weiter Druck auf deren Regierungen auszuüben. Damit werden sie objektiv einer Gefahr ausgesetzt, auch wenn subjektiv Anstrengungen unternommen werden, daß dies nicht geschieht." (aus: Ich geh weg...Int. Nr.180)
Wir finden diesen Textabschnitt für jene Argumentationsrichtung in typischer Weise verharmlosend: Für den Begriff der "Selektion" wird das Wort "Entlassung", allenfalls "Auswahl" eingesetzt.
Das "Kalkül war mit den verbliebenen Geiseln weiter Druck auf deren Staaten auszuüben". Mit einem mehrtägigem Hausarrest für eine Handvoll von Staatsbürgern wird doch kaum ein Staat zum Nachgeben bewogen! - Aber wie sah dann dieser spezifische Druck aus?!
Dann, um nochmals zur "Selektion" zurückzukommen: Bedeutet etwa die Tatsache, daß in Entebbe keine Selektion nach dem " Kriterium Juden /Nichtjuden" stattgefunden hat, daß grundsätzlich keine Selektion vollzogen wurde?! Dieses wird zumindest in vielen Beiträgen suggeriert,(wie auch in der obigen Zuschrift an den Ausbruch). Uns erscheint der Begriff der Selektion angemessen für die Tatsache, daß Menschen nach ihrer Zugehörigkeit zu einem Staat „aussortiert" werden.
Und zum Begriff des "Völkischen", als einem klar nazistisch definierten Begriff: er macht zumindest die Dimension deutlich, in der in einer linksradikalen Debatte scheinbar sachlich geredet wird: "Kriterium waren die Personalpapiere". Der Begriff verhindert zumindest, daß ungestört weiter gelesen wird, wenn auf der nächsten Seite (wie bei "Ich geh weg...") wieder vom "Kampf der afrikanischen und asiatischen Völker" usw. zu lesen ist.

Von dieser Problematisierung einer Flugzeugentführung wird in jenem RZ-Text der Bogen geschlagen zu internationalistischer und linker Politik überhaupt. Dabei wird vieles angeschnitten, so manches pauschalisiert und ein paar Sachen ärgerlicherweise schludrig oder offensichtlich falsch benannt. Aber einige richtige Fragen werden dennoch aufgeworfen.-
Wenn wir sagen, Aktionen müssen auch ohne Erklärung für sich sprechen; wie spricht diese Entführung für sich?!
Wenn wir meinen, in unseren Aktionen soll immer der Kern für eine künftige Gesellschaft angelegt sein; welcher Kern war dort angelegt?!
Wenn wir von der exemplarischen oder gesellschaftlichen Wirkung unserer Aktion ausgehen; was bedeutet dies im konkreten Fall für "israelische und französische Staatsbürger"?!
Die Tatsache, daß diese Flugzeugentführung von Leuten aus einer sich sozialrevolutionär verstehenden Gruppe ausgeführt wurde, sollte für uns bedeuten, wenn wir nach wie vor am Ziel einer internationalistischen und sozialen Revolution festhalten, daß wir es uns in dieser Auseinandersetzung nicht allzu leicht machen und den Problemen nur ausweichen.
Viele Fragen - wenige Antworten

einige



Klaus Viehmann

"... ZU MEHR IN DER LAGE"

"Mut, GenossInnen, das Leben ist nämlich zu mehr in der Lage!"
(Parole an einer Hauswand in Montevideo, Ende 1991)

"Damit etwas kommt muß etwas gehen
die erste Gestalt der Hoffnung ist die Furcht
die erste Erscheinung des Neuen der Schrecken."
(Heiner Müller, "Mauser")

Diese Zitate fielen mir ein, als die HerausgeberInnen des Buches nach einer persönlichen politischen Bilanz in einer Zeit der Krise der Linken fragten. Das erste gefällt mir, es sollte programmatisch sein. Das zweite ist aktuell und illusionslos, denn diese Art von Furcht und Schrecken sind Produktivkräfte jeder Entwicklung, Folge und Ursache jeder selbsttäuschungslosen Reflexion.

Bücher haben in Krisenzeiten den Nachteil, daß sich mit ihnen keine Militär-Rollbahnen blockieren lassen und selbst erbärmlich unbelesene Figuren sie aus den Regalen fegen können. Sie haben den großen Vorteil, von den Gedanken anderer in solchen Zeiten zu erfahren. Es macht viel Sinn, über die kleiner gewordene Linke in der größer gewordenen BRD hinauszudenken. Und wenn wir schon wenige sind, dann hoffentlich mit der "Wachheit der Gedanken" ausgerüstet, von der Peter Weiss schrieb, sie sei die "letztlich bleibende Waffe".

Selbstgenügsamkeit würde blind machen für Wirklichkeiten und Möglichkeiten, die jenseits des eigenen Erfahrungshorizontes liegen. Jede Isoliertheit - Gefangene wissen da ein Lied von zu singen - kann schnell in ein regelrechtes Spiegelkabinett von Diskussionen führen: Alles wird unendlich oft widergespiegelt, facettiert, hin und her geworfen. Aber es kommt nichts Neues hinzu. Denken und Handeln, Chancen und Mittel ihrer Realisierung können ihre Widersprüchlichkeiten nicht mehr sinnvoll auflösen, und historische Prozesse erscheinen leicht als pure Probleme individueller Entscheidungs- und Kampfbereitschaft.

Ohne persönliches Risiko geht es natürlich gar nicht, aber es verpufft in hohler Betriebsamkeit, wenn es keine Verbindungspunkte außerhalb des Spiegelkabinetts findet. Mit ein wenig von dem Mut sollte es möglich sein, seine Wände einzuschlagen und dahinter Neues zu finden. Und wenn's die Feststellung ist, daß die kleine Welt der Linken nur eine Insel war. Nicht einmal eine besonders schöne: Made in Germany und im Verlauf von 25 Jahren etwas angegammelt.

Mein spezielles Interesse an PIZZA?

Ich möchte einfach nicht eines Morgens um halb sechs in dieser frisch gestrichenen Sicherheitszelle aufwachen und mich selbst als Ergebnis meiner bewußten Entscheidungen vergessen haben. Und ich möchte den Knast nächstes Jahr, nach Ablauf der 15 Jahre, nicht mit riesigen Scheuklappen am Kopf verlassen. Deswegen interessiert mich alles, was im Gegensatz zum eilfertigen Zeitgeist weiterhin an linken Hoffnungen und nur allzugut gewußten Wahrheiten über das kapitalistische Weltsystem festhalten will.

Ein Selbstverständnis, welches sich auf Widerstandstraditionen und Internationalismus stützen kann, relativiert - nicht nur im Knast - sehr hilfreich die eigenen aktuellen Probleme und läßt sie lösbarer oder erträglicher werden. Und vor lösbaren oder erträglichen Problemen resigniert so schnell niemand. Nicht wahr?

Gefangen zu sein ist kein Programm. Im Gegenteil, alles mußt du dir in Abwehr des Zustandes der Gefangenschaft erhalten und heranholen. Ohne Einbindung in das wirkliche Leben außerhalb der Mauer geht das nicht. Die Einbindung kann jetzt nur eine gedankliche sein. Beim Schreiben bin ich oft auf diese Begrenzung gestoßen. Sie sollte auch beim Lesen bewußt sein.

* * *

In den gut 20 Jahren, die ich politisch bewußt und manchmal aktiv miterlebt habe, hat sich einiges geändert.

Die Verlockung ist groß, eine persönliche Bilanz dennoch so zu frisieren, daß die Ereignisse scheinbar zwingend auf heutige Ansichten hinauslaufen. Aber so war es nicht, und wir wissen alle, daß das wirkliche Leben Sprünge voller Irrungen und Wirrungen enthält. Deswegen ist es ja auch zu mehr in der

Lage! Was sich bestimmt nicht geändert hat: Die grundlegenden Verhältnisse in der Welt verdienen Opposition und Widerstand. Eher noch mehr als zuvor.

Im Strudel des zusammengebrochenen Systems des "realen Sozialismus" und in der Krise der Linken entsteht leicht der Eindruck, als sei die Wirklichkeit von 500 Jahren Imperialismus und Befreiungskämpfen auch nur eine geschichtliche Illusion, als sei der "Sieg des Kapitalismus" wirklich das Ende der Geschichte. Daß er das nicht sein darf, läßt sich an den Hungertoten der Welt ebenso ablesen wie aus den Jahresbilanzen der multinationalen Konzerne; in der "Kritik der politischen Ökonomie" steht es ebenso wie in den Einsatzplänen der "rapid deployment forces".

Es ist auch keine geschichtliche Illusion, daß die für diese Verhältnisse Verantwortlichen ihre Entmachtung noch nie friedlich hingenommen haben. Manchmal waren sie zu schwach, sich noch zu wehren, aber sonst waren sie immer zu Faschismus, Krieg und Gewalt bereit, um ihre Privilegien in dieser Welt zu erhalten. Die einzelnen Fakten können sich ändern, aber die Rechnung bleibt die gleiche: Radikale Perspektiven stoßen unvermeidlich mit dem System zusammen und können nur über seine Niederlage hinweg erfolgreich sein. Das hat sich nie geändert, nur rechnen wir heute leiser und etwas genauer als vor 20 Jahren.

Um der Einberufung zur westdeutschen Armee zu entgehen, bin ich damals nach Westberlin gegangen und habe dort in einem Buchladenkollektiv gearbeitet. Was ich von der bereits fraktionierten 68er Bewegung sah, war sehr zwiespältig. Einige hatten sich in ihre akademischen Kreise zurückgezogen und machten mir unverständliche Uni-Politik. Andere studentische Kader riefen Karikaturen der Kominternparteien aus den 20er Jahren ins Leben und ließen Stalin einen guten Mann sein. Die an die DDR gebundene DKP/SEW vermittelte keinen Eindruck von Befreiung, der über den anders-sich-nennenden Staatskapitalismus hinausging und wurschtelte in der Buchhandels-Gewerkschaftsgruppe bürokratisch daher. Von den Betriebsgruppen und linken GewerkschafterInnen bekam ich eher mit, daß sie mit dem Rücken zur Wand standen, und das entsprach meinen früheren Erfahrungen in Jobs. Die Vorläufer der Autonomen, die Spontis, faszinierten mich zunächst durch ihre vielfältige Lebenspraxis und ihre militanten Aktionen, aber ohne langfristige Verbindlichkeit und organisatorische Disziplin stießen sie letztlich an die Grenzen ihres Lustprinzips. Genau wie das Buchladenkollektiv verschwanden die meisten später in einem alternativ-kleinkapitalistischen Milieu. Von dem, was in den ImmigrantInnen-Communities geschah, oder von feministischer Theorie hatte ich damals, wie fast alle Linken, keine Ahnung.

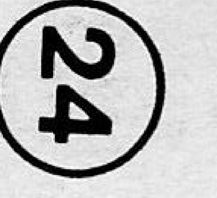
Die Rahmenbedingungen stellten sich mir 1972/73 stichwortartig so dar: Das "Modell Deutschland" der SPD in voller Funktion als "sozialpartnerschaftlicher" Klassenkompromiß und präventiver Sicherheitsstaat in einem. Hohe Profitraten und privilegierte Stellung im Weltsystem konnten sich Ruhe in den Fabriken weitgehend erkaufen. Zugleich die Aufrüstung der Bundeswehr, die Berufsverbote, erweiterte Staatsschutzapparate, Notstandsgesetze, geheime Bürgerkriegsübungen bei NATO-Manövern und Todesschüsse und "Toter Trakt" gegen militante Linke. Über die BRD-Häfen lief Nachschub für den Vietnam-Krieg und der halbtote portugiesische Kolonialismus konnte seine Kriege in Angola und Mosambik mit Waffen aus der BRD führen.

Mit der Erinnerung an 1933 im Hinterkopf ließ sich ausmalen, wie in der BRD letztlich auf noch so friedlich beginnende Versuche revolutionärer Veränderungen reagiert werden würde - sobald diese Erfolgsaussichten bekämen. Nach dem Mai 68 in Paris und den Fortschritten der Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika schienen solche Erfolgsaussichten sogar begründet.

Die bereits existierenden Stadtguerilla-Gruppen sah ich zunächst nur aus der Distanz als linke Projekte unter vielen anderen. Das änderte sich allmählich nach dem 11. September 1973, dem Tag, an dem in Chile die Unidad Popular durch den US-inspirierten Militärputsch gestürzt wurde. Allende war reformistisch-legal an die Regierung gekommen, aber nicht an die Macht. Sein Sturz beendete letzte Illusionen über ein "friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus". War bis dahin die Einsicht in die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen in meinem Kopf wenig mit den praktischen Fragen ihrer Durchsetzung verbunden gewesen, so wurde am Beispiel Chile vor Augen geführt, wie eine Armee der Bourgeoisie die zahlenmäßig viel stärkeren - aber unbewaffneten - Kräfte der Linken unterwerfen kann. Die Bedeutung von Selbstverteidigung, der "Bewaffnung der Revolution" von Beginn an, war für mich hervorstechendes Merkmal des Lehrstücks Chile.

Für andere war es Jahre zuvor der Vietnamkrieg gewesen oder Erfahrungen mit Repressionen und Knast. Die subjektiven Entscheidungsanlässe waren vielfältig und sowieso war die Bereitschaft, sich an illegalen, auch bewaffneten Aktionen in irgendeiner Art und Weise zu beteiligen und persönliches Risiko in die Waagschale zu werfen, seinerzeit viel verbreiteter, als es heute in den Schulbüchern steht. Kam zur Bereitschaft irgendwann die konkrete Möglichkeit, ein Kontakt, war die Entscheidung klar. Jedenfalls so klar, wie sie damals ohne die späteren Erfahrungen mit Stadtguerilla in der Metropole sein konnte.

Die RAF war nach ihrer Offensive 1972 stark angeschlagen und kaum präsent in den folgenden Jahren, ihre Linie entsprach auch nicht meinen politischen Vorstellungen. Die Revolutionären Zellen waren noch dabei sich



zu konsolidieren, so daß die Bewegung 2. Juni in jenen Jahren die (nicht nur) in West-Berlin dominierende Stadtguerillagruppe war. Zu ihr bekam ich irgendwann Kontakt, tauchte später ab und war etwa zwei Jahre lang, bis zu meiner Verhaftung im Sommer 1978, illegal. Ich möchte nicht aufschlüsseln, woran ich unmittelbar beteiligt war und was ich nur indirekt kenne, für die Bilanz spielt das keine Rolle. Hier ist auch kein Platz für die ganze Geschichte der Bewegung 2. Juni und ihre Bewertung, aber allein schon für die uruguayischen LeserInnen sei sie kurz umrissen.

Am 2. Juni 1967 wurde bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien ein Student von der Westberliner Polizei hinterrücks erschossen, der Todesschütze wurde von der Justiz dennoch freigesprochen. Dieses Datum symbolisiert, daß die Gewalt vom Staatsapparat ausging, daß nicht die Linken zuerst geschossen haben. (In der ersten Phase der iranischen Revolution erhielt übrigens eine Straße in Teheran zur Erinnerung den Namen "Straße des 2. Juni 1967".)

1971/72 schlossen sich in Abgrenzung zur etwas älteren RAF mehrere Gruppen von militanten Linken in Westberlin unter dem Namen Bewegung 2. Juni zusammen. Gegen das Modell einer elitären Avantgarde-Organisation mit rigiden inneren Strukturen sollte praxisorientierte Spontaneität gesetzt werden; klar bestimmte theoretische Positionen und ausgefeilte Papiere waren für die Bewegung 2. Juni von Anfang an wenig typisch. Begleitet von einem nahezu "populistischen" sozialrevolutionären Selbstverständnis existierte eine enge Beziehung zur proletarischen Subkultur der alten Westberliner Kiezviertel. Besonders in den dortigen Wohngemeinschaften, ersten besetzten Häusern und den Jugend- und Lehrlingszentren hatte die Bewegung 2. Juni eine ziemlich große Popularität und gewisse Basis.

In der Anfangszeit ging es eher um Selbstverteidigung gegen staatliche Repression und um Geldbeschaffung für diverse Projekte, von denen zum Teil auch die legale Linke - meist ohne es zu wissen - profitierte. Mit mittlerweile stabilen organisatorischen Strukturen wurden größere Aktionen möglich. Als im November 1974 der RAF-Gefangene Holger Meins im Hungerstreik gegen Isolationshaft starb, wurde unmittelbar danach Westberlins höchster Richter zur Vergeltung erschossen. Im Februar 1975 wurde mitten im Wahlkampf der Westberliner CDU-Chef Lorenz entführt und für eine Woche in einem "Volksgefängnis" nach Tupamaro-Vorbild untergebracht. Im Austausch gegen ihn ließ die BRD-Regierung sieben politische Gefangene frei und flog forderungsgemäß fünf von ihnen in den sozialistischen Südjemen aus, wo sie offiziell aufgenommen wurden. Die Fernsehbilder von ihrem Flug in die Freiheit waren sehr einprägsam, weil sie augenfällig eine Niederlage des Staates dokumentierten. Diese Bilder und die ganze Lorenz-Entführung werden nicht zufällig seitdem von offizieller Seite gerne totgeschwiegen.

Aus diesem Erfolg ließ sich allerdings für die Bewegung 2. Juni keine schnell umsetzbare Verstärkung gewinnen, und Ende 1975 gab es erhebliche Rückschläge durch Verhaftungen. Trotz einzelner Ausbrüche aus Westberliner Gefängnissen, weiteren logistischen Aktionen und fortbestehenden Strukturen konnte die Bewegung 2. Juni in der folgenden Zeit kein erkennbares eigenständiges Programm entwickeln und verlor somit zwischen einer wieder erstarkten RAF und den Revolutionären Zellen ihre politische Daseinsberechtigung. Im nachhinein war es nahezu zwingend, daß die Bewegung 2. Juni dann von den Illegalen bis hin zu den Gefangenen in Fraktionen zerfiel: eine eher sozialrevolutionäre in guter Nachbarschaft zu den Revolutionären Zellen und eine antiimperialistische, die später mit der RAF zusammenging und 1980 die Auflösung der Bewegung 2. Juni verkündete. Ein Schritt, der vorher nicht gemeinsam diskutiert wurde und sehr umstritten in seiner Begründung war.

Andere frühere Mitglieder der Bewegung 2. Juni würden heute vermutlich andere Bilanzen erstellen als diese - wir haben uns, wie gesagt, vor Jahren getrennt, ohne die vergangenen Erfahrungen gemeinsam auf den Punkt zu bringen. Wir sind unterschiedliche politische Bindungen eingegangen (ich gehörte z.B. zur eher sozialrevolutionären Fraktion, die die Annäherung an die RAF nicht für richtig hielt), und ein paar sind auch in alle Winde zerstreut. Einzelne sind tot und die meisten waren oder sind noch im Knast, wie so viele andere aus den Stadtguerillagruppen der 70er Jahre auch.

Wenn im folgenden von "Konzepten" der Stadtguerilla und nicht von Gruppennamen die Rede ist, dann liegt dem meine heutige Einschätzung zugrunde, daß diese Konzepte das Wesentliche und Diskutierbare sind. Die Namen sind eher "Images", sie überdecken leicht, daß trotz mancher Kontinuitäten die gleichen Gruppen phasen- oder fraktionsweise durchaus unterschiedliche Konzepte vertreten haben. (Durch einen Vergleich von RAF-Texten von 1970, 1977 und 1991 oder bei der laufenden Diskussion über die Geschichte der Revolutionären Zellen ließe sich das belegen.)

* * *

Hinter den wahrlich nicht unberechtigten Überlegungen, die zur Entstehung bewaffneter linker Gruppen in der BRD führten, verbarg sich allerdings ein strategisches Dilemma:

Ausgerechnet in der Metropole, in der das kapitalistische Weltsystem seine Bastionen und seinen gordischen Knoten hat, sind nur Minderheiten an seiner

Zerschlagung interessiert. Es ist paradox, daß einige Forderungen, für die zu anderen Zeiten und an anderen Orten Menschen sterben und gefoltert werden, hier realisiert sind - aber genau diese Realisiertheit Grund für apokalyptische Zustände und Diktaturen anderswo ist.

Es war damals eine linke "Selbstverständlichkeit" davon auszugehen, daß sich objektive gesellschaftliche Macht und revolutionäres Wollen zusammenfinden würden, sobald sich "die Massen" einer Arbeiterklasse-aus-dem-Bilderbuch im Verlauf einer konjunkturellen kapitalistischen Krise in Bewegung setzen. Flankiert von sozialen Randgruppen, Teilen der Intelligenz und - "selbstverständlich" - von der revolutionären Linken in irgendeiner Form geleitet. Entsprechend war in den linken Köpfen der revolutionäre Prozeß als Bewußtwerdung der Arbeiterklasse-aus-dem-Bilderbuch vorgesehen. Strittig war zwischen den Linken, ob dafür eine bolschewistische Avantgardepartei à la 1917 oder die Selbsttätigkeit der Massen à la Spanien 1936 wünschenswert sei. Ich war, nebenbei gesagt, damals eher für die 2. Linie.

(Daß diese "Selbstverständlichkeiten" aber mächtige "weiße Flecken" enthielten, werde ich gleich noch versuchen zu beschreiben.)

Ursprünglich war Stadtguerilla in der BRD neben den Stadtteilgruppen, Komitees, Parteien, Sozialarbeit oder Betriebsgruppen, wie sie je nach Linie von der revolutionären Linken zur Erlangung einer Massenbasis aufgebaut wurden, nur ein weiterer Versuch, dem strategischen Dilemma praktisch zu entkommen. Die Differenzen waren zwischen legalen und illegalen Linken nicht größer als innerhalb der fraktionierten Linken üblich.

Erst als im Verlauf der 70er Jahre die Vorstellung einer revolutionären linken Einheit zunehmend zerfiel und der Staat die Unterscheidung zwischen legal und illegal immer wieder repressiv erzwang, wurden die Trennlinien schärfer. (Daß diese Entwicklung zum Teil von Stadtguerillagruppen zu verantworten war, die sich in isolierter Position falsch verhielten, wird noch Thema sein.)

Einen Unterschied gab es allerdings von Beginn an in der Bestimmung von militanten Aktionen. Waren sie für die (legale) revolutionäre Linke eher taktische Mittel im Rahmen einer ganzen Palette von Kampfformen und als solche auch in einer Kampagne mit begrenzten Zielen einsetzbar, so sollten Stadtguerillaaktionen auf revolutionäre Perspektive an sich abzielen, indem sie die Möglichkeit ihrer Durchsetzung praktisch erproben und demonstrieren sollten.

Das Kampfterrain BRD war nie vergleichbar mit dem der hochgegriffenen Vorbilder in Kuba oder Vietnam. Selbst die aus der Entfernung ähnlich wirkende Praxis der MLN/Tupamaros beruhte auf einer längeren politischen Erfahrung und einer breiten Basis im uruguayischen Volk. Es ist kein Wunder, daß in den ersten Jahren viel Lehrgeld gezahlt wurde und Fehler unterliefen, die mit mehr organisatorischer und vor allem politischer Erfahrung hätten vermieden werden können.

* * *

Kein Fehler war es sicherlich, anknüpfend am Internationalismus, der als gutes Erbe der 68er Bewegung auch den Stadtguerillagruppen eigen war, zu versuchen, den Bezugsrahmen BRD-interner Politik zu überschreiten und sich als kleinen Teilabschnitt einer langen globalen Front zu verstehen.

Als praktisches Konzept einer antiimperialistischen Guerilla lief das darauf hinaus, in enger Verbindung mit trikontinentalen Befreiungsbewegungen eine neue Front in der Metropole, dem "Herzen der Bestie" aufzubauen. Und zwar mit den eigenen und selbst mobilisierbaren Kräften, solange noch keine sozialen Antagonismen in der BRD massenhaft aufbrachen. Deren Entwicklung schien realistisch(er), sobald der an vielen Punkten zugleich angegriffene "Hauptfeind" US-Imperialismus geschwächt wäre und auch seine subimperialistischen Alliierten, vor allem die BRD, nicht mehr in der Lage wären, den inneren kapitalistischen Normalzustand weiter aufrechtzuerhalten. Um eine Dialektik von trikontinentaler Befreiung und metropolitanen Klassenkämpfen anzustoßen, sollte "der Krieg von den Dörfern (des Trikonts) in die Städte (der Metropolen) getragen" und die imperialistischen Strukturen frontal angegriffen werden. Zu diesen Strukturen gehörten NATO-Einrichtungen wie auch Schlüsselpositionen des Kapitals und Staatsapparates der BRD.

Dieses nun nur sehr grob skizzierte alte Konzept hatte aber ein paar Haken. Es zieht seine Entwicklungsperspektive nämlich aus der unausgesprochenen Annahme, daß sich die internationalen Fronten tatsächlich zuspitzen und die Befreiungsbewegungen im Konfrontationsverlauf mit dem Imperialismus an Kraft gewinnen. Ist das nicht der Fall, verlieren Angriffe auf US- und NATO-Einrichtungen zwar nicht ihre Berechtigung, aber ihren besonderen strategischen Wert. Wenn zudem in der Praxis nur kleine Fraktionen trikontinentaler Befreiungsbewegungen als Verbündete erreichbar waren, wurde das strategische Dilemma nicht aufgebrochen und das internationalistische Konzept mußte in der Befriedigung der materiellen, personellen und logistischen Bedürfnisse der Stadtguerilla dann doch nur mit einem, metropolitanem, Standbein auskommen. Voll im schlechten BRD-internen Kräfteverhältnis stehend, war es nicht sehr tragfähig, sobald der Staatsapparat das Konfrontationsniveau erhöhte und bestrebt war, es auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen.

Da der einzig greifbare Bündnispartner, die legale Linke, anders orientiert

und für diese Konfrontation nicht gerüstet war bzw. sich in vorauseilenden Distanzierungsgehorsam flüchtete und sich - soweit der Staat das zuließ - herauszuhalten versuchte, bekam die in erster Front stehende Stadtguerillastruktur den aufkommenden Sturm ziemlich ungeschützt ab. Selbst wenn sie nicht völlig zerschlagen wird, so wird sie doch in ihren Möglichkeiten, eine effektive antiimperialistische Front hierzulande aufzubauen, stark behindert und auf die Ebene bewaffneter Propaganda zurückgedrängt.

*

Im Verlauf einer in isolierter Position erlebten Konfrontation muß sich jede Stadtguerilla intensiv mit der Anpassung ihrer Strukturen und ihrer Politik an die neue Situation auseinandersetzen. Sonst vollzieht sich quasi hinter ihrem Rücken eine Veränderung in ihrem Wesen, wie es im Verlauf der 70er Jahre, speziell in der Phase um 1977, auch tatsächlich der Fall war. Abgesehen von mangelnder politischer Erfahrung hat das etwas mit dem inzwischen mehrfach - aber sehr zu Recht - betonten strategischen Dilemma zu tun. Es tritt in neuer Gestalt hervor: Eine relativ isolierte Kraft kann sehr weit in die Sachzwänge der Illegalität hineingedrückt werden. Dann fehlen die engen Wechselbeziehungen zur gesellschaftlichen Totalität, wie sie (Massen-)Organisationen ihren Guerillaablegern würden vermitteln können, ganz besonders. Die eher vereinzelten Kontakte zur (linken) Umwelt erstarren aufgrund der sicherheitsnotwendigen Abschottung in Funktionalität. Umständliche Kommunikation und Information lassen nur eine unvollständige Wahrnehmung von Verhältnissen außerhalb der eigenen Aktivitäten zu. Der Fisch schwimmt nicht nur in sehr flachem Wasser, sondern auch im Trüben. Eine isolierte Stadtguerilla lebt personell von der Hand in den Mund und hat mehr mit logistischen Problemen zu tun als mit der Durchsetzung der revolutionären Perspektive, deren Verwirklichungschancen sie doch gerade demonstrieren wollte. Fatal ist, daß diese objektive Situation Folgen für die inhaltliche Ausrichtung haben kann: Sobald die Ausgangsbestimmung, Verkörperung einer Strategie zu sein, aber nicht ein sich selbst tragendes Ziel, im speziellen Spiegelkabinett der Illegalität in Vergessenheit gerät, bleiben nur noch die Selbstrechtfertigung in der Theorie und Aktionen zur Selbsterhaltung in der Praxis übrig.

(In den Jahren nach 1977 sind einige Fehlentwicklungen kritisiert und abgestellt worden. Es hat keine Beteiligung an Flugzeugentführungen mehr gegeben, und der Anspruch, definitonsmächtige revolutionäre Avantgarde zu sein, ist einem weniger hierarchischen Verständnis von Zusammenarbeit gewichen.)

*

Ein weiteres in den 70er Jahren entstandenes Stadtguerillakonzept hatte zwar auch seine internationalistischen Dimensionen, versuchte aber anders aus der Rolle einer Minderheit innerhalb der minoritären Metropolenlinken herauszukommen.

Die Aktionen wirkten ähnlich wie die erwähnten taktisch bestimmten aus legalen Kampagnen, waren aber durch eine strategische Absicht miteinander verbunden. Ausgehend davon, daß die schon existierenden Konfliktfelder in der BRD antagonistische Widersprüche in sich trugen, sollte so in sie interveniert werden, daß über ihre Zuspitzung politisches Bewußtsein entstand. Zugleich sollten die praktischen Möglichkeiten der Methode Stadtguerilla demonstriert werden, in dem dort weitergeholfen wurde, wo legal alles dicht war. Über einen längeren Zeitraum gesehen, hätten sich die bereits existierenden Stadtguerillakerne so vermehren und in der Linken, wie auch in der BRD-Gesellschaft, wie die Hefe im Teig wirken können.

In der Praxis lief das darauf hinaus, als zunächst ideeller und später tatsächlicher "bewaffneter Arm" einer erneuerten Linken zu agieren und damit Kampfkraft wie auch Basis zu verstärken, um den zwingend folgenden staatlichen Reaktionen gegenübertreten zu können. Im linken Jargon gesagt: dialektische Aufhebung der Trennung zwischen legaler Linken und Stadtguerilla in Theorie und Praxis auf gesellschaftlichem Terrain. Dort verankert, wurde eine revolutionäre(re) und aktionsfähige(re) Kraft mit einem breiten Repertoire an Kampfformen erhofft.

Aber trotz aller Sympathien, die die einzelnen Aktionen (z. B. damals gegen ITT in der Chile-Solidarität oder das Abfackeln von Personalchef-Autos bei Streiks usw.) fanden, dehnten sich die Stadtguerillakerne nicht so wie erwartet aus. Aus Angst vor Kriminalisierung oder aus ideologischer Borniertheit ("die Arbeiterklasse gewinnt auch ohne solche Methoden") waren legale Linke nicht genügend für eine Zusammenarbeit mobilisierbar.

Die auftauchenden Probleme dieses Konzepts haben dort ihren Ursprung - also auch im strategischen Dilemma. Es baut ja auf die (zunehmende) gesellschaftliche Präsenz einer aktionsbereiten legalen Linken. Zieht die sich aber zurück, verlieren auch die taktisch besten Aktionen ihr strategisches Mobilisierungsziel. Die Stadtguerillakerne sind per konzeptioneller Definition und in der subjektiven Realität ihrer AkteurInnen in die real existierende Linke eingebunden. Das hat den Vorteil, daß sie sich kaum selbstzentriert verselbständigen können, aber den Nachteil, daß sie in ihrem Aktionsniveau und der Auswahl der Konflikte, in die sie eingreifen wollen, dem Entwicklungsstand der übrigen Linken nicht sehr weit vorgreifen können - wenn sie sich nicht doch noch isolieren wollen.

Das Problembündel kann zur Folge haben, daß existierende Stadtguerillakerne, vom allgemeinen linken Pessimismus angesteckt, nicht bereit sind, die Kluft zwischen ferner gerückter revolutionärer Perspektive und aktuell möglicher taktischer Aktivität noch länger auszuhalten. Ohne diese Bereitschaft siegt die Bequemlichkeit der Niederlage und der Rückzug in die schon bisher gelebte legale Existenz. Auf der Strecke bleiben dann die erlernten organisatorischen und technischen Fähigkeiten und die von anderen Linken nicht praktizierten speziellen Aktionsmöglichkeiten. Dazu kommt der Bruch praktischer Solidarität mit all denen in der BRD und anderswo, die sich nicht einfach aussuchen können, ob sie in ihrer Lage weiterkämpfen wollen oder nicht.

* * *

Die Stadtguerilla in der BRD ist offensichtlich nicht beendet, auch wenn keines der Konzepte, oder Variationen davon, das strategische Dilemma durchbrechen und eine revolutionäre Perspektive hat eröffnen können. Ihre politischen Erfahrungen haben sicherlich zugenommen, und die grundsätzliche moralische Rechtfertigung aus den globalen Verhältnissen heraus besteht fort, aber die Strukturen und die Kontinuität von Aktionen bewegen sich auf einem geringeren Level als vor 15, 20 Jahren. Sie verkörpern dennoch bis heute Interventionsmöglichkeiten und als Teil der linken Geschichte eine Option für kommende (zugespitzte) historische Situationen.

Das ist ein anderes Zwischenergebnis, als ich es mir damals vorgestellt habe, aber ein realistisches.

In meinen ersten Knastjahren nach 1978 ging es oft um die Vor- und Nachteile dieser oben skizzierten Konzepte und deren Ergebnisse, allerdings kam in der Spiegelkabinett-Situation des Hochsicherheitstraktes wenig dabei herum. Es ist ja auch nicht nur eine Frage der Konzepte, aus dem strategischen Dilemma herauszukommen, sondern eine Frage der ihnen vorgelagerten Mängel in den "Selbstverständlichkeiten" der gesamten linken Theorie und Praxis.

Wie wohl den meisten war es mir früher - in den 70er Jahren schon gar nicht wenig bewußt, wie sehr die Entstehungs- und Daseinsbedingungen der (westdeutschen) BRD-Linken sie bis heute prägen und in einem eigenen stummen Zwang der Verhältnisse fesseln. Ein eingeschränkter Erfahrungshorizont, "weiße Flecken" in der Theorie, begrenzte Praxisfelder und schlechte Binnenstrukturen bedingen sich gegenseitig und machen die Linke (einschließlich Stadtguerilla) noch schwächer, als sie es aufgrund der historischen Kräfteverhältnisse eh schon ist. Mit ein paar einfachen Fragen läßt sich an diesen eigenen stummen Zwang der Verhältnisse herankommen:

Welcher Klasse gehört die Linke in der BRD an?
Welches Geschlecht hat sie?
Welche Hautfarbe?
Welche Nationalität?

Geboren in der Metropole, waren die Linken vor absoluter Verelendung weitgehend geschützt. Fragen der materiellen Reproduktion stehen sie deshalb ganz anders gegenüber als beispielsweise Linke in einem Land, in dem es überhaupt keine Garantie des Überlebensminimums gibt.

Nicht in den Fabriken entstanden, nicht von ArbeiterInnen gegründet, gab es eigentlich nur individuelle Lebensgeschichten, die von der Fabrik zur Linken führten. Die meisten stehen den produktiven Burgen des Kapitals äußerlich gegenüber.

Zu keiner Zeit wurde die Linke von Frauen an ihrer Spitze geführt, und Männer schleppten ihre Ansichten und Verhaltensweisen mit in alle Strukturen.

Trotz ihres Internationalismus gab es keine ImmigrantInnen in ihren Reihen, obwohl seit 30 Jahren Millionen in der BRD leben. Abgesehen von gelegentlichen Anlässen und ein paar privaten Freundschaften blieben die deutschen Linken unter sich. Es ist aber klar: Je finanziell abgesicherter, je metropolitaner, je männlicher und je weißer eine Linke ist, desto weniger erfährt sie aus sich selbst heraus.

Denn Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse, die nicht unmittelbar selbst erfahren werden, können nur durch theoretischen Austausch und praktische Vermittlung durch Betroffene erkannt und richtig eingeschätzt werden.

Mehr noch, die Zustände in den Binnenstrukturen spiegeln diese Verhältnisse wider: Eurozentrische Arroganz, Überheblichkeit gegenüber den alltäglichen Zwängen des MalocherInnenlebens, sexistische Angriffe und versteckte Rassismen sind fast alltäglich.

Entsprechend ließ die bereits erwähnte "Selbstverständlichkeit" einer Orientierung auf die Arbeiterklasse-aus-dem-Bilderbuch keinen Raum für die historisch-authentischen Unterdrückungen von Frauen, Schwarzen, Nicht-Deutschen und die materiellen Unterschiede zwischen Metropole und Trikont. Auch die Gegenwehr und die Kämpfe entlang dieser Dimensionen verschwanden in dem aus der Arbeiterbewegungstradition übernommenen eintönigen Entwurf des revolutionären Prozesses. Ein Entwurf, der eurozentristisch und männlich-weiß geprägt ist.

In diesem Licht besehen erscheint es, auch ganz abgesehen von den schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht mehr sehr verwunderlich, welcher Art die Fehleinschätzungen in den 70er Jahren und später noch waren:

Die ArbeiterInnen wurden als abstrakte ökonomische Klasse gesehen, nicht als vielfältige Interessen und auch Ressentiments vertretende Kraft, wodurch wir unzureichende Vorstellungen von der Vielfalt sozialer Determinanten hatten und ihre Entwicklung "ökonomistisch" hochrechnen wollten.

Unser Bild der trikontinentalen Befreiungsbewegungen war meist von den sie repräsentierenden politischen Organisationen bestimmt, ohne viel von den Prozessen an ihrer Basis und deren Interessen zu wissen und ohne ihre speziellen Zwänge im Weltsystem gut genug zu verstehen.

Die globale Vernichtungskraft von Rassismen haben wir als Weiße nicht so wahrgenommen, daß wir uns guten Wissens der Frage "Nennt mir eine Befreiungsbewegung, die Rassismus korrekt analysiert hat?" (so Dhoruba Bin Wahad, Black Panther aus New York auf Rundreise in der BRD 1991) hätten stellen können.

Daß Frauen in den 70er Jahren erst eigene Zusammenhänge gründen mußten, damit anti-patriarchale Aktionen und feministisches Bewußtsein in die Linke und in die Stadtguerilla Eingang fanden, ist ebenfalls bezeichnend.

Die besondere deutsche Geschichte war zwar als antifaschistische Einstellung präsent, aber auch nicht ausdrücklich in der (Stadtguerilla-)Praxis. Die Jahre später aufgekommenen Diskussionen über Antisemitismus in der Linken sähen anders aus, wenn nicht nur die israelische Besatzungs- und Kriegspolitik angegriffen worden wäre, sondern auch unbehelligt in der BRD lebende alte Nazis. Im Ausland zum Tod verurteilte Kriegsverbrecher und für den Holocaust Verantwortliche wären in den 70er Jahren noch in jeder Stadt zu finden gewesen.

Mit diesen beispielhaft aufgeführten Fehleinschätzungen hatte sicherlich auch unsere optimistische Sinnestäuschung der (frühen) 70er Jahre zu tun, von einer fast automatischen globalen Tendenz zur Revolution auszugehen. Arbeiterklasse, Befreiungsbewegungen und die Linke selbst erschienen revolutionärer und stärker, als sie wirklich waren, und der zu unvollständig erkannte Feind schwächer und angeschlagener.

Wir wußte damals einfach nur mehr über die Siege der Revolution in der Geschichte als über ihre Niederlagen und Schwierigkeiten - aber die sind zahlreicher.

* * *

Auch wenn die Fehler der Linken zahlreich sind, so müssen sie nicht endgültig sein. Also ist ihre Feststellung und Beschreibung kein Aufruf zu resignieren - und wer dieses Buch liest, wird das wohl kaum getan haben - sondern ein Anlaß, sich mit "Furcht" und "Schrecken" auf die Suche nach etwas Besserem, etwas Neuem zu machen.

In den letzten Jahren haben GenossInnen aus verschiedenen Bereichen mit mir in dem Sinne diskutiert, und wir meinen, daß eine Fehler-Kritik mit Hilfe des "Triple-oppression-Ansatzes" weiterhelfen kann.(1) Die Betonung einer "dreifachen Unterdrückung" durch Kapital, Patriarchat und Rassismen ist in der militanten Linken AmeriKKKas, Englands und auch in einigen Trikont-Zusammenhängen zunehmend vernehmbar, und das wäre schon Grund genug, sich damit auseinanderzusetzen.

"Wenn wir von Befreiungskampf sprechen, meinen wir den Kampf gegen alle diese 3 Arten von Unterdrückung. Wir sprechen nicht von 3 Stadien oder 3 verschiedenen Kämpfen; nein, wir sprechen von einem einzigen Kampf! Freiheit ist unteilbar. Du kannst dich nicht frei nennen, solange noch die eine oder die andere dieser Unterdrückungsformen weiter besteht" (Neville Alexander, Schwarzer Sozialist, der 10 Jahre auf Robben Island saß).

Daß diese Einstellung in der Metropolenlinken wenig verbreitet ist, ist aufgrund der geschilderten Entstehungsbedingungen und auch aufgrund der nachfolgenden Fehler kein Wunder. Weil wir aufgrund der objektiven Rahmenbedingungen selten gezwungen sind, eine radikale und praktische Kritik der globalen und lokalen Gewaltverhältnisse zu entwickeln, nehmen wir die vernichtenden Konsequenzen von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismen eher abstrakt und damit nur nebenbei zur Kenntnis. Noch weniger bewußt ist der Zusammenhang dieser drei Grundstrukturen von Herrschaft und seine weitreichenden Implikationen. Traditionelles Denken in Haupt- und Nebenwidersprüchen oder eine schematische Unterscheidung in vermeintliche Basis- und Überbauphänomene blenden solche komplexeren Verhältnisse aus.

Triple oppression behauptet nicht, daß die Marx'sche Theorie erledigt ist, aber sie muß neu gelesen und wo nötig ihrer eigenen Kritik unterworfen und umformuliert werden. Es ist auch kein modischer "Abschied vom Proletariat", festzustellen, daß sich revolutionäre Interessen und Aktivitäten nicht einfach aus der Stellung im Produktionsprozeß ableiten lassen. Triple oppression stellt vielmehr klar, daß Kämpfe gegen das System nicht nur von einer weißen, männlichen Arbeiterklasse in den Metropolen gemacht wurden oder werden, sondern daß in Frontstellungen gegen Imperialismus, Patriarchat und Rassismen ebenso wichtige Widersprüche und Kämpfe existierten und sich weiter

entwickeln werden. Allen diesen Kämpfen liegen ja historische und strukturell verankerte Gewaltverhältnisse zugrunde, die gleichzeitig in wechselseitiger Durchdringung und gegenseitiger Stabilisierung vorhanden sind. Erst wenn die Welt genauer auf die Realität der dreifachen Unterdrückung hin angesehen wird, werden ihre Elemente, Wechselwirkungen und Effekte in Theorien, Geschichte, Alltag und linker (Nicht-)Praxis erkennbar. Juliet Mitchell hat den Grund dafür einmal so beschrieben:

"Eine ausgebeutete Klasse, eine unterdrückte Gruppe, kann so lange kein politisches Bewußtsein erlangen, solange sie nicht die Beziehungen aller (Klassen und) Gruppen dieser Gesellschaft zueinander erkannt hat; durch In-sich-gekehrt-Sein wird sie niemals zu diesem Bewußtsein kommen."

Deswegen hat es besonders böse Folgen, wenn sich Theoriefeindlichkeit breitmacht. Denn ohne Theorieaneignung werden nur noch unmittelbar erfahrene und dadurch bewußte Herrschaftsverhältnisse registriert, ohne deren Strukturen, Vergangenheit, globale Reichweite und Beziehungen zueinander.

Es würde viel zu kurz greifen, Herrschaft nur als eine Seite einer Dualität zwischen Frauen und Männern, Schwarzen und Weißen, Lohnarbeit und Kapital zu definieren. Das unterstellt eine Ausschließlichkeit und völlig getrennte Existenz der jeweiligen Opfer und TäterInnen, wie sie der vielfältigen Realität widerspricht. Herrschaft ist besser so zu verstehen: Vielgestaltige Praxis von Unterdrückungen zum Zweck von Ausbeutung und Machterhalt auf der Grundlage mehrerer sicher überlagernder Bedingungen. Die Ausübung von Herrschaft verändert sie im Verlauf der Geschichte ständig und formt ihre materiellen und verinnerlichten Strukturen neu. Es gibt nicht geschichtslos **den** Kapitalismus, **das** Patriarchat oder **den** Rassismus.

Bei diesen Unterdrückungen zwischen materieller Basis und Ideologien unterscheiden zu wollen, wäre übrigens eher irreführend. Denn "die materielle Gewalt ist historisch nicht ohne Form begreifbar und die Ideologien würden ohne die materielle Gewalt Schrullen von einzelnen bleiben" (Gramsci). Die materielle Gewalt von "Ideologien" wie Rassismen und Sexismus ist überdeutlich.

Herrschaft ist niemals vollkommen, sie hat Risse, und ihre Verinnerlichung ist nicht widerspruchsfrei. Unterdrückungen werden nicht getrennt voneinander ausgeübt, und alle werden in den Metropolen anders als in trikontinentalen Gesellschaften praktiziert. Sie werden unterschiedlich erfahren, abhängig davon, welchen Unterdrückungen die Beherrschten ausgesetzt sind, abhängig davon, welche sie zum Teil selbst ausüben oder nutzen, und vor allem: abhängig davon, ob sie sich wehren.

Es gibt keine schematischen Nebeneinanderstellungen von Unterdrückungen in der Wirklichkeit, keine ist völlig auf eine andere zurückführbar oder völlig vereinnahmt von anderen, sie bilden eine zusammenhängende Wirklichkeit.

Nicht als Definition von triple oppression, aber als Vorstellungsbehelf ist das Denkmodell einer netzförmig angelegten Herrschaft gar nicht schlecht: Die Maschen des Netzes sind weiter (bürgerliche Demokratie) oder enger (Diktatur). Die versponnenen Fäden sind älter (Patriarchat) oder neuer (Kapitalismus). Stabiler (in der BRD zur Zeit z.B.) oder schwächer (in Nikaragua vor 15 Jahren z.B.). Die Fäden bilden unterschiedliche Knoten (Rassismen sind anders mit Kapitalismus verbunden als das Patriarchat usw.), und das Netz wird von manchen repariert und neu geknüpft (Kapital, Staat, Weiße, Männer), um andere zu fesseln (ArbeiterInnen, Frauen, Schwarze), und sie zerreißen es, so gut es ihnen möglich ist.

Die Vorstellung einer netzförmigen Herrschaft, in der bei jedem Faden und Knoten "oben" und "unten" erhalten bleibt, aber keine alleinige Ursache, kein Hauptwiderspruch mehr vorausgesetzt wird, berührt auch die Frage nach dem revolutionären Subjekt und dem revolutionären Prozeß. Wenn beides nicht mehr aus einer Dualität, aus einer Zuspitzung entlang seiner Seiten heraus abgeleitet werden kann, erhält keine Gruppe/Klasse von Unterdrückten mehr eine automatische Avantgarde-Position zugewiesen. Ihre Gestalt und ihr revolutionärer Prozeß werden vielfältiger sein, als wir es früher unterstellt haben. Und die Rolle der Linken wird es auch sein müssen.

Denn die Feststellung der generellen Gleichzeitigkeit verschiedener Unterdrückungen verlangt noch die Analyse der jeweiligen Situation. Dort treten Unterschiede in der "Zusammensetzung" der Unterdrückungen zutage. Ihre Erscheinungsform kann in konkreten Konflikten in erster Linie gegen ArbeiterInnen, gegen Frauen, gegen Schwarze oder imperialistisch gegen trikontinentale Befreiungskämpfe gerichtet sein. (Die Liste dieser genannten Möglichkeiten ist natürlich schematischer als die Wirklichkeit.) Daß gegen alle Unterdrückungen zu kämpfen ist, ergibt sich aus deren Wesen; und von der konkreten Erscheinungsform hängt ab, wie gekämpft wird: wo, mit welchen Mitteln und Prioritäten, welche Gruppe/Klasse darüber zu bestimmen hat und wie die solidarische Unterstützung aussehen muß.

"Das Problem der Einheit beruht auf der Definition des Feindes. D.h., nur Leute, die ihren Feind in einer zumindest sehr ähnlichen Weise identifizieren, können darauf hoffen, ihre Kräfte zu vereinigen." (Neville Alexander)

Diese "Definition des Feindes" gelingt mit dem Triple-oppression-Ansatz vollständiger. Unvollständiges Erkennen hatte immer eine Verkürzung der revolutionären Versuche und ihrer Utopien zur Folge. Entweder wurde der

Feind um seine rassistische Seite verkürzt und die Befreiung der Schwarzen fiel unter den Tisch, oder die patriarchalische Seite des Feindes wurde übergangen und die Frauenunterdrückung blieb, oder die kapitalistische Seite des Feindes wurde nicht wahrgenommen und (nicht nur) die ArbeiterInnen hatten es auszubaden. Wurden eurozentristisch die imperialistischen Aspekte des Feindes tatenlos hingenommen, so konnte er von seinen Kernländern aus ungestört den Globus ausbeuten und Kriege führen.

Womit wir wieder bei den grundlegenden Verhältnissen in der Welt wären, die sich in den letzten 20 Jahren weiter fortgesetzt haben.

* * *

Und welche Konsequenzen hat diese Bilanz aus eigenen Erfahrungen und hinzugewonnen Erkenntnissen?

Sicher keine klugen Pläne aus dem Knast, die taugen selten etwas. Aber da ich ungerne nur fürs staubige Bücherbord schreibe, doch einige Zielvorstellungen, wie sie auch in "Drei zu Eins" stehen.

In der Hoffnung, "Kräfte zu vereinigen", müßten die "weißen Flecken" im Kopf gefüllt werden und die inneren und nationalen Erfahrungsgrenzen überschritten werden. Es müßte ein Bewußtsein von der Unteilbarkeit der Kämpfe gegen alle Unterdrückungen entstehen. Ein Bewußtsein vom Vorhandensein von Unterdrückungen, deren privilegierter Teil mann (und auch frau, je nach dem) selbst ist. Von der Orientierung an den eigenen Interessen wäre abzugehen in dem Maße, wie Unterdrückungen, denen die Linke (hierzulande) nicht so sehr ausgesetzt ist, als wichtiger erkannt werden. Der Anspruch auf persönliches Glück wäre an dem der weniger Privilegierten zu messen. Revolutionäre Utopien dürfen nicht irgendeine abstrakte Befreiung propagieren, sondern müssen konkrete Errungenschaften für sie benennen.

Ohne den Austausch mit VertreterInnen verschiedener Bewegungen aus Trikontländern, ohne Auseinandersetzungen mit ArbeiterInnen, Feministinnen, Schwarzen und ImmigrantInnen wird das nicht gehen. PIZZA wäre ein Beispiel für so einen Austausch auf internationaler Ebene - zumindest ein Anfang.

Die Binnenverhältnisse der BRD-Linken sollten so sein, daß die auch dort existierenden "weißen Flecken" und zutage tretenden Unterdrückungen anerkannt werden und entlang ihrer Dimensionen (organisatorische) Zusammenhänge akzeptiert werden. Die Frauenbewegung hat sich eine solche Autonomie geschaffen und auf deren Grundlage Kräfteverschiebungen und allmähliche Bewußtwerdungsprozesse - gesellschaftlich und innerhalb der Linken - in Gang gesetzt. Ähnlich wären ArbeiterInnenzusammenhänge und die Selbstorganisation von ImmigrantInnen Vorbedingung für wirksame Veränderungen.

Erst auf der Basis von solchen Autonomien wären klar definierte Bündnisse im Rahmen einer gesamten Linken möglich, die gleichberechtigt und nicht vereinnahmend sind. "Das Problem der Einheit" würde dann ausgehend von den tatsächlichen Verhältnissen der Linken, und nicht ihren alten "Selbstverständlichkeiten" gemäß, in Angriff genommen werden. Das müßte es auch, damit die Autonomien der Gruppen nicht im Partikularismus versinken, sondern in einer "gemeinsamen Definition des Feindes" eine universelle Front bilden können.

Die (westdeutsche) BRD-Linke hat(te) traditionell die Tendenz, davon überzeugt zu sein, die Wahrheit ziemlich umfassend gepachtet zu haben. Ein Verlassen der eigenen Insel hätte zur Folge, das Wissen anderer über Unterdrückung und Widerstand anzuerkennen.

Freundschaft und Einheit beruhen auf Respekt voreinander.

* * *

Mit zwei Zitaten habe ich begonnen, und zwei will ich ans Ende setzen, weil sie zusammengezogen bestimmt nicht nur meine Gedanken angesichts der letzten 20 Jahre beschreiben.

"... habe aber in neuerer Zeit gelernt, daß nur das notwendige Bedürfnis der großen Masse Umänderungen herbeiführen kann, daß alles Bewegen und Schreien des Einzelnen vergeblich Torenwerk ist. Sie schreiben, man liest sie nicht; sie schreien, man hört sie nicht; sie handeln, man hilft ihnen nicht."

(Georg Büchner, vor 160 Jahren aus dem Exil geschrieben)

"Wenn du die Notwendigkeit einer Reihe von Tatsachen feststellst, so vergiß nicht, daß du selbst eine dieser Tatsachen bist, und bestimme die Notwendigkeit möglichst genau, sie braucht nämlich, um eine Notwendigkeit zu sein, ganz bestimmtes Handeln."

(Brecht, Notiz über die Dialektik)

Knast Werl, Februar 1992.

* * * * * *

Kommentar zur RAF-Erklärung

Einmal abgesehen davon, daß ich richtig finde, wenn die RAF schreibt, daß "der prozeß, aus völlig unterschiedlichen realitäten und erfahrungen heraus zu einem gemeinsamen kampf zu kommen, intensive auseinandersetzungen und verstehen (...) erfordert" und daß allein gelungene bewaffnete Aktionen eben noch keine gesellschaftlichen Veränderungen bringen- also abgesehen von dieser richtigen und guten Selbstkritik, bietet die RAF-Erklärung wie ich finde wenig neues. Die Notwendigkeit einer Zäsur und vieler Diskussionen hat sie schon öfter verkündet, daß jetzt "gegenmacht von unten" entstehen muß, sehen wir alle, dagegen die Frage vom wie weniger.
Überall sieht die RAF Kämpfe, in denen sich Subjekte für ein menschenwürdiges Leben organisieren, und hofft, daß die Einheit dieser Kämpfe, die angesprochene Gegenmacht darstellen wird. Von etwas ähnlichem, von der "aus den Kämpfen aufzubauenden Einheitsfront", faseln auch die TrotzkistInnen, von denen auch viele nicht mehr nur auf das Proletariat, sondern die ganzen Unterdrückten, auf die Schwarzen, Flüchtlinge, Schwule und Frauen, starren.
Die Frage aber, die ich mir stelle, ist: wo sind diese Kämpfe? Ist die Versammlung von 250 Ost-Betriebsräten vor der Treuhand, mit dem Ziel Birgit Breuel zum Reden zu bringen (und ihr dann auch noch zuzuhören!), ein Kampf? Oder ist es angesichts der geballten Arroganz der kapitalistischen Bonzen nur eine partnerschaftliche Anfrage, bitte nicht vergessen zu werden? Und ist der Christopher Street Day 1992 in Berlin ein Kampf gewesen oder ein gemütliches, homosexuelles Beisammensein zur Interessenvertretung? Und die Flucht von Hunderttausenden aus ihren Ländern hierher, sind das Kämpfe?
Sie sind es natürlich nicht. Es sind ganz einfach Versuche, zu leben, und möglichst besser zu leben als bisher, und manchmal auch nur das, was man dafür hält.
Mir geht es damit nicht um Ignoranz gegenüber der Bemühungen anderer Leute. Ich bin mit der RAF oder den Celler Gefangenen völlig einer Meinung, wenn sie meinen, die Linke brauche der Bevölkerungsmehrheit keine "idealistischen Ziele aufschwatzen". Ganz einfach weil wir ein Teil dieser Bevölkerung sind, und weil wir die Umwälzung nur mit denen machen können, die da sind (und hoffentlich noch kommen). Wir müssen zwar viele weit verbreitete Vorstellungen bekämpfen, von denen wir wissen, daß sie falsch sind, aber wir können es uns auch nicht leisten, die bescheidenen Versuche, etwas zu verbessern, zu ignorieren. Selbst wenn sie politisch falsch begründet werden, -Kundgebung vor der Treuhand, CSD-Demo, die Flucht vor dem Elend gehen uns an, die Mieterunterschriftenliste gehen uns an. Entweder wir gehen auf die anderen zu, die aufmucken, oder unser Anspruch, diese Gesellschaft zu verändern, ist eine Sprechblase.

Worum es mir geht, ist, daß die RAF mit ihrer Erklärung in weiten Teilen bei den alten Schemata bleibt. Da ist die klare Gruppe der Herrschenden, die die "reaktionäre stimmung brauchen, (...) denn sie brauchen freie hand für ihre großmachtpolitik". -Das Kapital wird personifiziert, die Verschwörer setzen durch, was sie brauchen. Dabei hat die Politik der RAF doch gerade empirisch nachgewiesen, daß die persönliche Bestrafung der Verantwortlichen zwar wohltuend ist und Schadenfreude erzeugt, aber am System nicht viel verändert.-
Genauso einfach ist es dann, daß erst "die mark über den osten walzt" und dann "morgen die bundeswehr in die ganze welt". Das klingt zwar griffig, aber es geht doch an der Sache vorbei. Was ist, wenn die BRD subtilere Methoden zur Unterwerfung von Menschen verwendet, als die der militärischen Besetzung? Bleiben die Schweinereien dann unerkennbar? Vor allem was ist, wenn die D-Mark nach nirgendwohin walzt, weil es für sie nicht mehr profitabel ist? Die Compas von der RAF sagen es ja selber, daß der Kapitalismus im Augenblick Milliarden von Menschen gar nicht mehr benötigt, sie und ihre Länder höchstens noch als Müllhalde verwendet (oder als grüne Lunge für die Welt). Auch vom Ostblock wird inzwischen gesagt, daß dort in der näheren Zukunft nicht mehr allzuviele Investitionen gemacht werden. Stimmt dann alles nicht mehr, wenn es nicht so spektakulär wird, wie von der Linken behauptet.
Meiner Meinung nach ist es das alte Übel, das hier auftaucht. Die RAF und weite Teile der Linken hatte immer schon eine Vorliebe für Dualismen, schwarz-weiß, gut-böse, Hauptsache eindeutig. Die Linke entwickelte vorgezeichnete Entwicklungen zum Sozialismus, feststehende Übergangsstufen, den Katastrophismus, nach dem alles immer elender wird.

Das bestehende System aber hat sich durch seine Widersprüchlichkeit ausgezeichnet und durch die daraus resultierende Flexibilität. Die gegensätzlichsten Entwicklungen konnten in seinem Inneren gleichzeitig bestehen und unterschiedliche Optionen konfliktiv ausgetragen werden. Fast nie wurde alles zugespitzter, elender und schlimmer, was wir prophezeit hatten. Die Linke hat es nicht begriffen, sie hat den eindeutigen Feind gesucht, und sich deswegen dem klar umrissenen antiimperialistischen Lager zugerechnet. Das ist kein Vorwurf an die RAF. Es ist ein Einwand: das System, mit dem wir es zu tun haben, ist widersprüchlich und komplex. Wenn wir es vereinfachen (hier Schweine, da Menschen; erst die D-mark, dann die Panzer; unsere kämpfe, ihre kämpfe und die Einheit), tun wir uns keinen Gefallen. Entweder wir lernen so komplex zu denken wie diese Gesellschaften, und können dann auch endlich, die unsagbar widersprüchlichen Wege der Veränderung ertragen (ohne sie künstlich mit unserer Ideologie glatt bügeln zu müssen) oder wir gehen unter. Das ist die eigentliche Message des Realsozialismus.

r. vom ides

Frankfurter Rundschau

Von Werner Rügemer

Donnerstag, 2. Juli 1992, Nr. 151

Im Indianer-„Paradies" herrschten Diktatur und Kannibalismus

Wer der „guten alten Zeit" vor der Eroberung durch die Spanier nachtrauert, sitzt einem linken Mythos von Amerika auf

Um die Entdeckung Amerikas ranken sich auch linke Mythen. Paradies-Projektionen sind immer nur die Kehrseite der Unfähigkeit, die Kritik der eigenen, unzulänglichen Wirklichkeit zu leisten. Das Festhalten an der Vorstellung eines paradiesischen vorspanischen Amerika gehört zur bis heute dauernden Lähmung der Opfer des Völkermords, ihrer Nachkommen und derer, die unter solchen Vorzeichen „Solidarität üben" wollen.

Das Inka-Reich etwa ist bis in die Nähe eines vorbildlichen sozialistischen Staates stilisiert worden, in dem es kein Wort für Hunger und einen pfleglichen Umgang mit der Natur gegeben habe. Wenn man jedoch genau hinsieht, so hat es deswegen kein Wort für Hunger gegeben, weil es wegen der ständigen Hungersnöte der einfachen Bevölkerung zum Tabu gemacht worden war; und was den pfleglichen Umgang mit der Natur angeht, so hat die extensive Terrassenwirtschaft in der Endphase des Inka-Reiches die Böden bis zur Erschöpfung ausgelaugt. Dasselbe gikt für die Maya, deren Hochkultur deshalb bereits vor der Ankunft der Spanier in sich zusammenfiel.

Die amerikanischen Klassengesellschaften

Warum konnten die Azteken, die Millionen amerikanischer Menschen kriegerisch unterwarfen und ausbeuteten, von den 550 Fußsoldaten und 15 Reitern des Hernan Cortez in knapp zwei Jahren besiegt werden? Warum konnten die Inka, die ein Reich mit mehreren tausend Kilometer Ausdehnung und etwa 20 Millionen Menschen beherrschten, von Pizarros 177 Infanteristen und 63 Reitern inebenfalls knapp zwei Jahren definitiv besiegt werden?

Der Untergang wurde möglich und unvermeidbar, weil die amerikanischen Gesellschaften parzellierte, ökologisch, religiös und sozial erstarrte Klassengesellschaften waren. Lange bevor die Spanier mit ihrem Weg nach Süd- und Mittelamerika das bis heute bestehende Verhältnis von „erster" und „dritter" Welt zu etablieren und zu globalisieren begannen, war ein solches System inneramerikanisch bereits realisiert.

Diese Verhältnisse waren nach innen wie außen sehr differenziert und flexibel. Eine erbliche Aristokratie mit Grundbesitz, vor allem aus kriegerischen Unternehmungen hervorgegangen, herrschte über Staatsangestellte, Plebejer, Bauern, Handwerker, Söldner und Sklaven. Die Aristokratie selbst bestand aus den Herrscherclans, Oberpriestern, führenden Militärs und Beratern, Landbesitzern, Steuereintreibern, Richtern und Kaufleuten. Die von den Maya, Azteken und Inka in ständigen Kriegs- und Eroberungszügen unterworfenen Völker und Stämme waren je nach Kräfteverhältnissen einem differenzierten System der Steuer- und Tributzahlungen unterworfen. Bei Kriegszügen waren in den letzten Jahrzehnten vor der Ankunft der Spanier Bestrafungsaktionen und Metzeleien an Frauen und Kindern auf der Tagesordnung. Unterworfene Völker wurden bei Bedarf umgesiedelt.

Die Metropole der Azteken, Tenochtitlán, war mit etwa 250 000 bis 350 000 Einwohnern vor der Ankunft der Spanier die größte und reichste Stadt der damaligen Welt — nur die Hauptstadt des riesigen chinesischen Reiches, Peking, hatte möglicherweise eine ähnliche Größe, wenn auch nicht den gleichen Reichtum aufzuweisen. In der Metropole waren die politischen, religiösen, ökonomischen und kulturellen Einrichtungen konzentriert, ebenso die ausgesuchten technischen Kompetenzen des gesamten Reiches; die besten Handwerker und Ingenieure der unterworfenen Völker wurden hier angesiedelt. Die Häuser der Reichen, Staatsbediensteten und Handwerker waren aus Stein gebaut, ein verzweigtes Schleusen-, Trinkwasser- und Ableitungssystem wurde vom Staat betrieben. Cortez' Mannen in ihren wie zu Hause verschissenen Wämsern standen konsterniert vor den Spülklosetts und komfortablen Bädern der aztekischen Elite.

Die Gesellschaft war hochgradig zentralistisch organisiert und verstaatlicht. In staatlichen Lagerhäusern wurden Lebensmittelvorräte, alle Edelmetalle und Materialien gesammelt, die zu festgesetzten Preisen und Bedingungen an die Handwerker zur weiteren Verarbeitung ausgegeben wurden. Auf staatlichen Märkten kamen die aus dem Reich herbeigeschafften Tributzahlungen zusammen: wertvolle Materialien wie Jade, Gold, Pyrit, Alabaster, Bernstein, Kupfer und feine Hölzer; Luxusnahrungsmittel wie Bohnen, Mais, Kakao, Chilipfeffer, Salbeisamen und Kürbisse; Luxusgüter wie Textilien, fertig genähte Mäntel, Vogelfedern, Baumwolle und Felle.

Die besten Künstler, Ballspieler, Komödianten, Spaßmacher, Wissenschaftler, Musiker, Philosophen und Dichter waren in der Metropole versammelt und fanden dort ihr Publikum; vielfach waren sie an staatlichen Schulen, Akademien und Theatern angestellt. Den Lebensstandard in Tenochtitlan kann man sich sowohl für die Verteilung innerhalb der sozialen Klassen als auch im Verhältnis zu den entfernten abhängigen Völkern in Analogie zu heute vorstellen. Die Unterschiede der Lebensqualität und des Reichtums düften ähnlich gewesen sein wie heute zwischen dem New Yorker Bankenviertel und einem Dorf der Sahelzone.

Aus unterworfenen Völkern wurden in kurzen und brutalen Raubzügen die jeweils benötigten Mengen an Gold, Jade, Sklaven, Lastträgern, Söldnern und zu kultischen Opfern bestimmte Menschen herangeschafft. Diese Menschen wurden im übrigen nicht als Menschen angesehen, sondern als Tiere oder Barbaren.

Die Privilegien der Aristokratie, vor allem ihrer männlichen Mitglieder, sowie der von ihnen ausgehaltenen sozialen Schichten waren enorm. Gold- und Silberschmuck zu tragen war nur den Mitgliedern der Aristokratie erlaubt, Kakao und Alkohol durften nur von ihnen getrunken werden — das Volk trank Wasser. Beim öffentlichen Ballspiel verwetteten die Männer Sklaven, Juwelen und Konkubinen. Die Aztekenfürsten hatten bis zu 2000 Nebenfrauen. Auch der Schulbesuch und die Polygamie waren der herrschenden Klasse vorbehalten. Nach den religiösen Vorstellungen kamen nur die Reichen in den Himmel und lebten nach dem Tode weiter. Bei Bestattungen wurden ihnen Diener und Frauen, die zu diesem Zwecke getötet wurden, ins Grab mitgegeben.

Diese extremen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse waren es — in Verbindung mit der ökologischen Unterlegenheit —, die die amerikanischen Kulturen

den Spaniern gegenüber wehrlos machten. Unterdrückte Stämme und Völker schlossen sich den eindringenden Spaniern begeistert oder auch zögernd an, stellten Zehntausende Krieger beim Marsch auf Tenochtitlan.

Kollaboration

Andererseits versuchten Teile der amerikanischen Eliten, in der Hoffnung auf Rettung ihrer Privilegien, mit den Spaniern zu kollaborieren. Viele Häuptlinge („Kaziquen") ließen sich durch Aussicht auf Erhalt ihrer Stellung von den Spaniern etwa dazu verlocken, Teile ihrer Stämme für die Sklaverei auszuwählen und zu verkaufen.

Die Spanier hielten sich auf ihre Weise an die Klassenverhältnisse der Amerikaner: So heirateten sie nur Töchter von Fürsten und bestenfalls Häuptlingen, während Frauen aus dem niederen Adel oder aus dem Volk nicht einmal als Konkubinen, sondern bestenfalls für Vergewaltigungen in Frage kamen.

Durch die scharfen Unterdrückungsmaßnahmen und die zahlreichen erfolglosen Aufstände waren die Bevölkerungen apathisch und fatalistisch geworden. Sie kannten die üblichen Verrätereien und Opportunismen ihrer Häuptlinge und Fürstenhäuser. Sie konnten weder für ihre Eliten noch für sich selbst kämpfen. Sie waren unfähig zum Widerstand; die Spanier erschienen nur als neue Herren in einer schon langdauernden Abfolge von Cliquen, die um die Herrschaft kämpften.

Kannibalismus als staatlich organisierte Elitenernährung

Ein weiterer Grund für die Widerstandsunfähigkeit war die staatlich-religiös organisierte Praxis von Menschenopfern und Kannibalismus. Oft beschrieben und abgebildet wurde, daß die Azteken auf ihrem pyramidenartigen Tempelgebäuden zahlreiche Menschenopfer darbrachten. „Zur Besänftigung der Götter" sei den Opfern von Priestern die Brust aufgeschnitten und dann das blutende Herz zum Himmel gehoben worden. Die Leichen wurden vom Tempel hinuntergeworfen. Das war und ist allgemein bekannt. Was aber geschah danach mit den Leichen? Und welche Menschen wurden geopfert? Solange man die amerikanischen Gesellschaften als „Hochkulturen" im engen kulturellen Sinne betrachtete, gab man sich mit der Untersuchung der schauerlich-schönen rituellen und religiösen Seite der Menschenopfer zufrieden. Damit erfaßte man aber nur die Oberfläche des Vorgangs.

Durch die Forschungen US-amerikanischer Anthropologen (Harris) können wir nun klarer sehen. Die seit dem 13. Jahrhundert unserer Zeitrechnung stark expandierenden amerikanischen Hochkulturen waren durch ihre wachsenden Bevölkerungen und die Produktionsintensivierungen mit einem ernthaften Ernährungsproblem konfrontiert. In Mittelamerika war es nach der letzten Eiszeit bei den tierischen Ressourcen zu einer stärkeren Umwelterschöpfung gekommen als in allen anderen dichtbesiedelten Regionen der Erde. Die in Nordamerika, Europa und Asien vorhandenen großen Fleischtiere (Büffel, Bison, Rind) fehlten hier; das Volk mußte sich von Kleingetier wie Schlangen und Beutelratten ernähren. Das Pferd war ungefähr 8000 Jahre vor der europäischen Zeitrechnung in Amerika ausgestorben.

Im Zusammenhang der Herausbildung repressiver Diktaturen, die sich im 15. Jahrhundert bei den Azteken etablierten, wurden die Traditionen von Menschenopfer und Kannibalismus wiederbelebt, intensiviert, miteinander verknüpft und erfuhren eine neue Zweckbestimmung. Nachdem die Leichen der Geopferten von den Tempeln heruntergeworfen worden waren, wurden sie von den Besitzern, die unten schon warteten, aufgesammelt und dem Verzehr zugeführt.

Die Opfer waren in der Regel Sklaven und Kriegsgefangene, die nur zum Zwekke der Opferung und des Verzehrs auf den dafür geführten Kriegszügen erbeutet wurden. Aus dieser Zweckbestimmung war es den aztekischen Soldaten verboten, die Gegner auf dem Schlachtfeld zu töten; vielmehr mußten sie die Gegner lebend einfangen und nach Hause bringen. Noch auf dem Schlachtfeld wurden dann die erbeuteten Gegner unter die Offiziere und leitenden Militärs aufgeteilt sowie die Kontingente für das Königshaus abgezweigt.

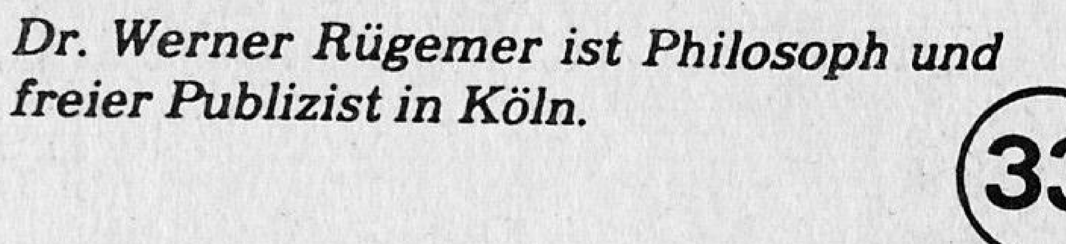
Auf den Besitzungen der Eigentümer wurden die Opfer dann gefangengehalten — reiche Familien mästeten oft mehrere Dutzend Menschen, um für Festtage, Geburtsfeiern und Eheschließungen gut gerüstet zu sein —, bevor die Opfer nach Tagen, Wochen oder auch Monaten hingerichtet wurden.

Neben den Kriegsgefangenen aus anderen Stämmen und Völkern wurden vor allem Sklaven geopfert, manchmal auch, zu besonderen rituellen Anlässen, Kinder, Jünglinge und junge Frauen aus Elitefamilien. Solche Opferungen fanden jeden Tag und nicht nur in den Haupttempeln statt, sondern auch in der „Kapelle um die Ecke". Das Meschenfleisch konnte selbstverständlich nicht die Hungersnöte beseitigen, die im 15. Jahrhundert die amerikanischen Hochkulturen immer wieder heimsuchten. Durch das Menschenfleisch sollte der alltägliche Proteinbedarf von Mitgliedern der Aristokratie und der ihnen zugeordneten, herrschaftstechnisch wichtigen Gruppen befriedigt werden: Offiziere, Staatsangestellte, Künstler, Ingenieure, Richter, Handwerker, Priester.

Die aztekischen Herrscher waren sich der demoralisierenden Wirkung ihrer Praktiken zum Teil bewußt; sie glaubten aber, sie sich leisten zu können. Sobald aber die Spanier auftauchten, wurden die labilen Mechanismen der Herrschaftsform deutlich: Die herrschende Klasse hatte keine Freunde mehr.

Das Ende der Unschuld

Es gibt keine Gründe, der „guten alten Zeit" der indianischen Hochkulturen" nachzutrauern. Sie waren in der damaligen Konfrontation mit der europäischen Kultur die perspektivlosere, ökologisch und sozial erstarrte und in viele isolierte Einzelkulturen parzellierte Gesellschaft, die im Blut der naturnahen Klassengesellschaft und, im Falle der Azteken, der kannibalistischen Diktatur ihre „natürliche Unschuld" längst verloren hatte.



Dr. Werner Rügemer ist Philosoph und freier Publizist in Köln.

AUFRUF zu einem europaweiten Marsch für gleiche Rechte, gegen Rassismus und Faschismus!

Wir, VertreterInnen einiger Organisationen aus der Türkei und Kurdis-
tan in der BRD, der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und Frank-
reich kamen zusammen und Gründeten ein auf europäischer Ebene arbeiten-
des Aktionskomitee für gleiche Rechte aller in Europa lebenden Menschen,
gegen Rassismus und Faschismus. Am Ende der Diskussionen kamen wir zu
folgenden Feststellungen:

In den meisten Ländern Westeuropas leben viele Millionen "Ausländer-
Innen", ein Großteil von ihnen seit nunmehr über 10 Jahren. Im letzten
Jahr "feierte" man in der BRD sogar das 30jährige "Jubiläum" der Arbeits-
migration.

Diese ArbeitsmigrantInnen, die ursprünglich mit Rückkehrabsichten in
diese Länder kamen, wurden für Niedrigstlöhne zu den schwersten Arbei-
ten gezwungen, zahlten Steuern und "Sozial"abgaben. Doch gleichzeitig
mußten sie unter der Knute der Ausländergesetze leben. Sie wurden durch
Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis-Regelungen unter Druck gesetzt und be-
kamen permanent Abschiebedrohungen zu spüren. Darüber hinaus mußten
und müssen sie unter ständig steigender rassistisch motivierter Angrif-
fe leiden.

Neonazistische Organisationen und Parteien setzen die Ausländerfeind-
lichkeit an die erste Stelle ihrer Programme, um ihren Wirkungskreis
zu erweitern und Grundlagen für eine weitere faschistisch-rassistische
Entwicklung schaffen zu können. Die "AusländerInnen" wurden als Verant-
wortliche für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, der steigenden Kriminali-
tät und andere Mißstände dargestellt. Heute wird diese Propaganda von
tätlichen Angriffen begleitet, d.h. heute gehören geschlagene und er-
mordete AusländerInnen zum "normalen" Erscheinungsbild.

Das europäische Kapital und deren Staaten verfolgten stets eine reak-
tionäre, rassistische Ausländerpolitik, auf deren Fortsetzung und Ver-
schärfung sie heute beharren. Somit leisten sie einen wichtigen Bei-
trag zur Stärkung rassistischer und faschistischer Parteien und Orga-
nisationen.

Obwohl in vielen Ländern die Bildung von Organisationen mit faschistisch-
er Ideologie verboten sind, haben sie freien Aktionsraum. Aber Millionen
von AusländerInnen werden unter Zwang besonderer Unterdrückungsgesetze
gestellt, man verwehrt ihnen z.T. die einfachsten Menschenrechte. Nicht
nur, daß sie entrechtet sind, ja sie werden als "potentielle Verbrecher"
behandelt und diskriminiert.

Wozu diese Praktiken dienen, ist klar: Mit diesen Versuchen, die aus-
ländischen und z.B. deutschen ArbeiterInnen, Angestellten usw. zu spalt-
en, soll die Tatsache verwischt werden, daß deren Interessen die selben
sind. Ausländische und deutsche ArbeiterInnen zeigen bei Streiks und
anderen Gelegenheiten, daß mit den Versuchen, Feindschaft zwischen ihnen
zu schüren, nur ihr gemeinsamer Kampf verhindert werden soll!

Von diesen Tatsachen ausgehend haben wir unser Komitee gegründet.
Wir betrachten es als einen Schritt in Richtung "Vereinigung unserer
Kräfte auf europäischer Ebene". Es soll zur Planung und Durchführung
europaweiter Aktionen dienen.

Uns ist klar, daß wir nicht die einzigen sind, die gegen Ausländer-
feindlichkeit und faschistische Entwicklungen und für gleiche Rechte
Aller kämpfen - in Westeuropa gibt es tausende solcher Organisationen
und Initiativen. Wenn diese Gruppen ihre Kräfte vereinen würden, so
könnten faschistische und rassistische Entwicklungen wirksamer gestoppt
und zurückgeschlagen werden!

Das Komitee wird einen Sternmarsch organisieren, der vom 19.
September bis 2.Oktober 1992 dauern wird. Die Ausgangspunkte
werden in der BRD, Schweiz, Österreich, Frankreich und den
Niederlanden sein und vor dem Europaparlament in Strasbourg
enden. Wir rufen alle Antifa-Organisationen zum Mitwirken
auf! Beteiligt Euch massenhaft!

VV ZUR AKTIONSPLANUNG FÜR BERLIN:6.8.92, Haus der Demokratie
19 Uhr.

Terminkalender * Terminkalender * Terminkalender * Terminkalender

Fr 31.7. 19.00 SOLI- Fete im Clash ,Uferstr.13,1/65
19.30 JobberInnentreffen im Rotkäppchen ,Maybachufer,1/44
20.00 Frauen/Lesben- VV zu Wunsiedel im Blauen Salon,Mehrin

Sa 1.8. 13.00 DEMO U-Bhf. Görlitzer Bhf. zu Oberbaumbrücke

So 2.8. 12.00 Frühstücken für Wunsiedel mit Büffet + Filme: Helden für Deutschland - Cafe Anbiss,Kreutzigerstr.22,0_1035

Do 6.8. 12.00 Heinzelmännchen- JobberInnenversammlung an der FU/ Rostlaube L 31/11,1/33
19.00 VV zur Aktionsplanung ,Haus der Demokratie (s.S.38)
20.00 VV zu Wunsiedel - Versammlungsraum,Mehringhof

So 9.8. 12.00 Frühstücken für Wunsiedel mit Filmen: Wunsiedel91++ Wahrheit macht frei - Cafe Anbiss,Kreutzigerstr.22
12.00 S-Bhf Jannowitzbrücke "Auf zur Wuhlheide" zum Oberliga-Fußballspiel UNION BERLIN - TÜRKIYEM

DIE DEBATTE BEGINNEN!!!

vor zwei wochen haben wir ein diskussionspapier in der `interi veröffentlicht, in dem ansätze für eine kommunistische debatte über die letzten erklärungen der raf und der gefangenen aus raf und widerstand geliefert wurden.
wir haben uns mittlerweile mit interessierten menschen zweimal getroff

bei diesen treffen haben wir uns darauf geeignet, die debatte zu beginn

hier zunächst 2 termine:
**montag, der 27.7.92, 19 uhr, mehringhof, gneisenaustr. 2, blauer salon
hier wollen wir über die kritik in- und ausländischer genossInnen am frontkonzept der raf und an deren subjektivismus diskutieren.
montag, 3.8.92, 19 uhr, mehringhof, gneisenaustr. 2, blauer salon
hier wollen wir über die kommunistische kritik an den erklärungen der rafund von gefangenen aus raf und widerstand debattieren. besonders wichtig ist hierzu das papier ....sag mal, wo leben wir denn, von bernhard rossenkötter, ali jansen, michael dietiker zur raf-erklärung, aus: ak - 3.6.92, s.11, mittlerweile in der interim´nachgedruckt.**
es wird keine vorträge geben, sondern eine **debatte.**
allerdings werden die einzelnen beiträge von genossInnen kurz vorgestellt.
interessierte sind eingeladen.
im kopierladen m99 (manteuffelstr. 99) werden die verschiedenen diskussionspapiere in einem ordner als lese- und kopierexemplare vorhanden sein.
FÜR DEN KOMMUNISMUS!!!

N E U E S V O M B L A U E N S A L O N

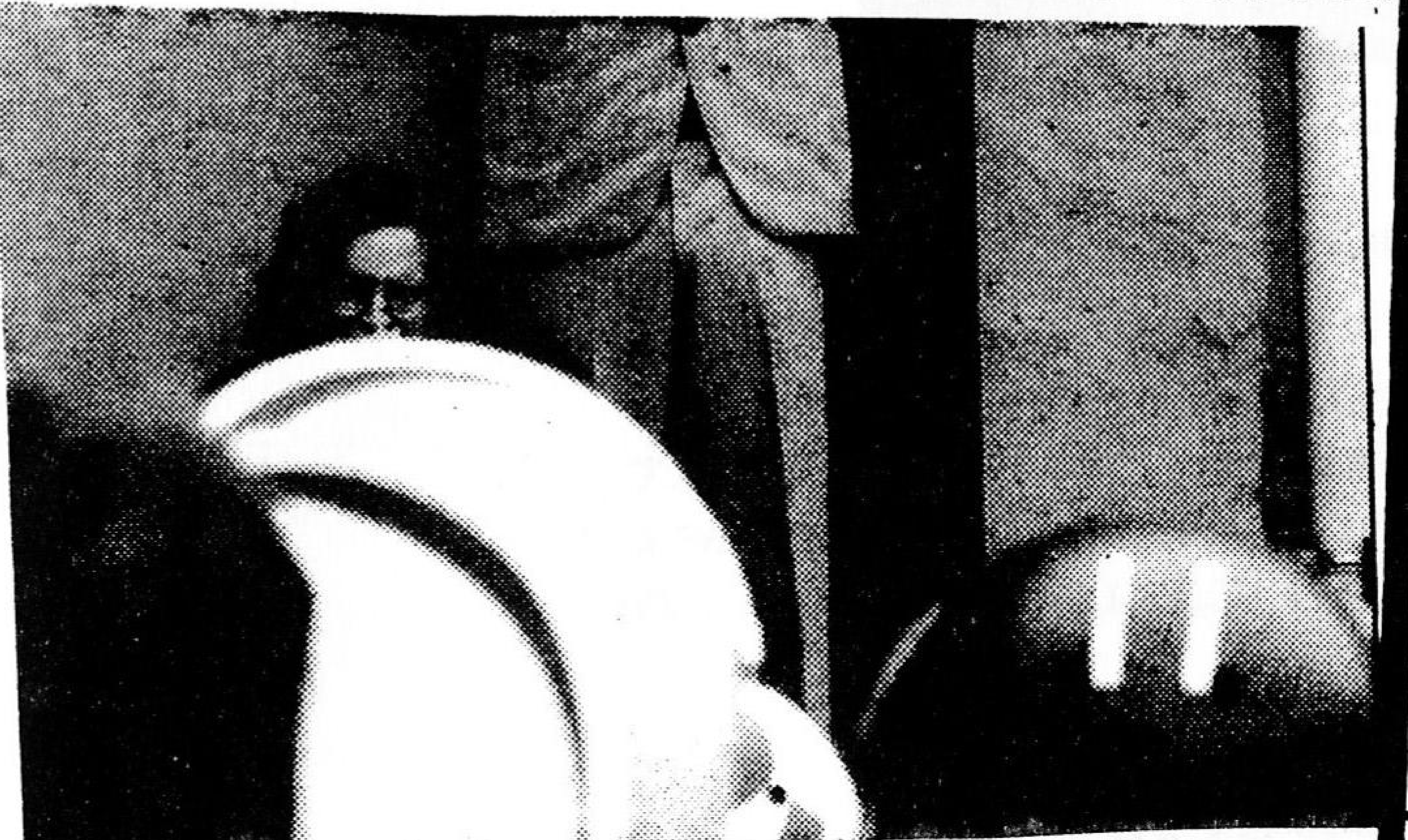
Weil immer wieder nicht abgeschlossen wird und wir keine Lust mehr haben, die Einbruchsspuren zu beseitigen, haben wir uns schweren Herzens dazu entschlossen, die Bürokratie zu Hilfe zu nehmen und den Blauen Salon - wie bisher schon den Versammlungsraum - nur noch gegen Schlüsselpfand (50,-- DM) zu vergeben. Der/diejenige, der/die den Schlüssel holt, ist uns gegenüber verantwortlich dafür, daß anschließend abgeschlossen und kein Chaos hinterlassen wird, d.h. er/sie hinterläßt im Büro seinen/ihren Vornamen und Telefonnummer. Wir finden's auch schade, daß damit wieder ein Versammlungsort der Bürokratie anheimfällt, aber uns bleibt nix anderes mehr übrig.

P.S.: DER BLAUE SALON BLEIBT NATÜRLICH M I E T F R E I !

MEHRING HOF



nen pressespiegel zu münchen gibt´s auf stellwänden auf dem hinterhof der brunnen 7 zu sehen. kommt vorbei



Schwule Wut

Nicht nur die Nächte sind wärmer geworden, sondern auch die Überfälle auf Schwule im Umfeld der Szene, auf die Klappen und in Parks nehmen wieder zu. Wir suchen Mitstreiter für den Telefondienst und darüberhinaus engagierte Schwule, welche Interesse daran haben, mit anderen durch selbstbewußtes Auftreten an den einschlägigen Ecken, eventuelle Täter abzuschrecken.
Wir, die Schwule Wut, treffen uns am 15.7.1992 um 20 Uhr im SchwuZ oder ruft uns an, tgl. 19-22 Uhr, Tel.: 694 61 60

Mobilisierung gegen den WWG
Bundesweites Nachbereitungstreffen Linksradikaler Gruppen:

8. und 9. August, GESAMTHOCHSCHULE KASSEL

Anreise (Vokü, Schlafplätze):
Freitag 7. August ab 20.00 Uhr, "Bazille", Sickingenstr.10, 3500 Kassel

Beginn: Samstag, 8.August, 12.00 Uhr

:::::::VERÖFFENTLICHE

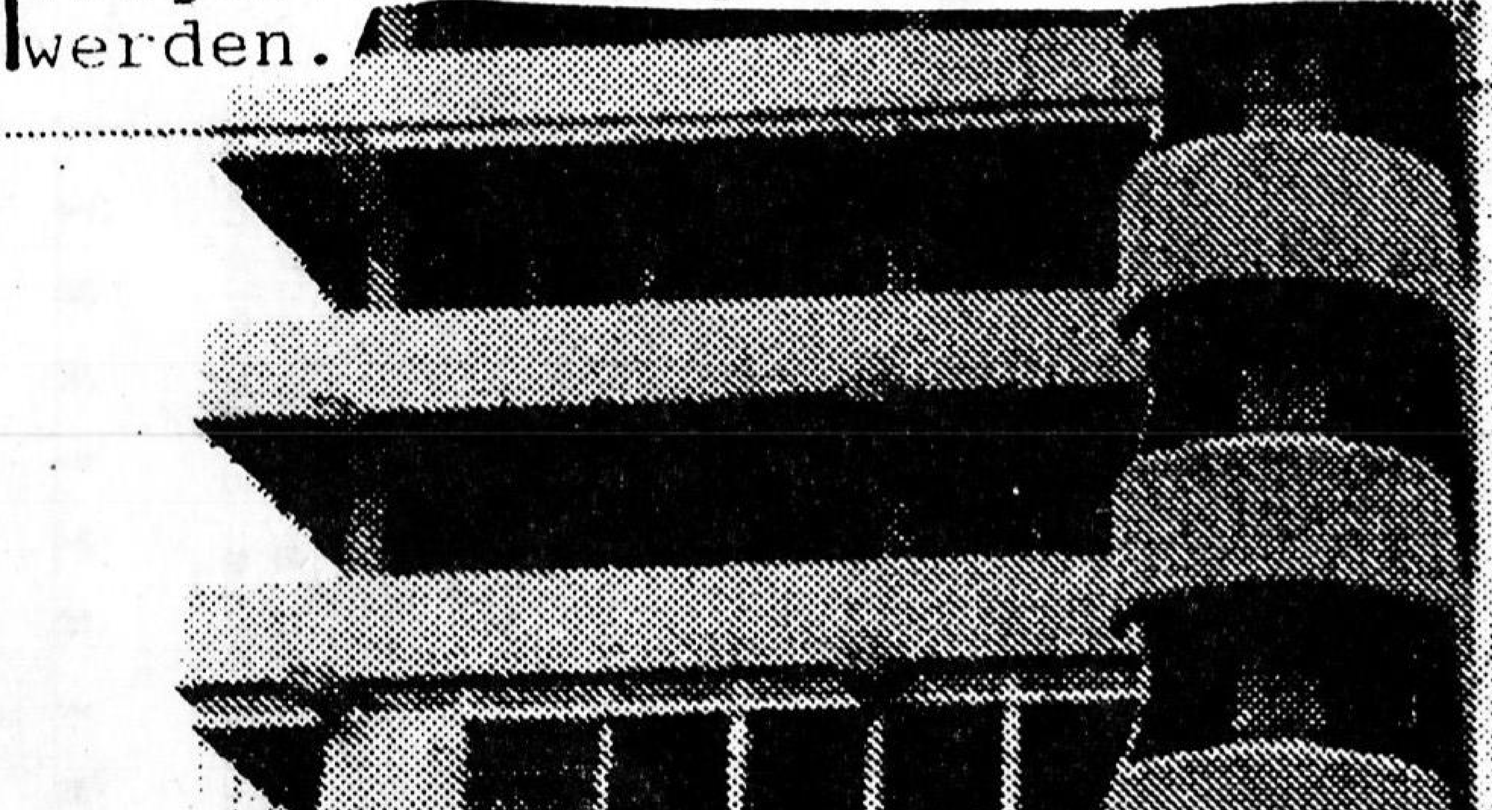
VERÖFFENTLICHEN:::::::WEITERGEBEN:::::::

Der Spekulant Kahmann klagt auf Räumung und die Gerichte beschließen:

27 MieterInnen der Böckhstraße 26 müssen nach Beschluß des Landgerichts zum Ende August aus ihren Wohnungen raus.

Der Träger und Mieter des Hauses, das Martinswerk wurde zur Zahlung von 120.000 DM Schadensersatz verurteilt, der mögliche Konkurs bedroht auch die anderen 280 MieterInnen der Martinswerk WGs und Häuser.

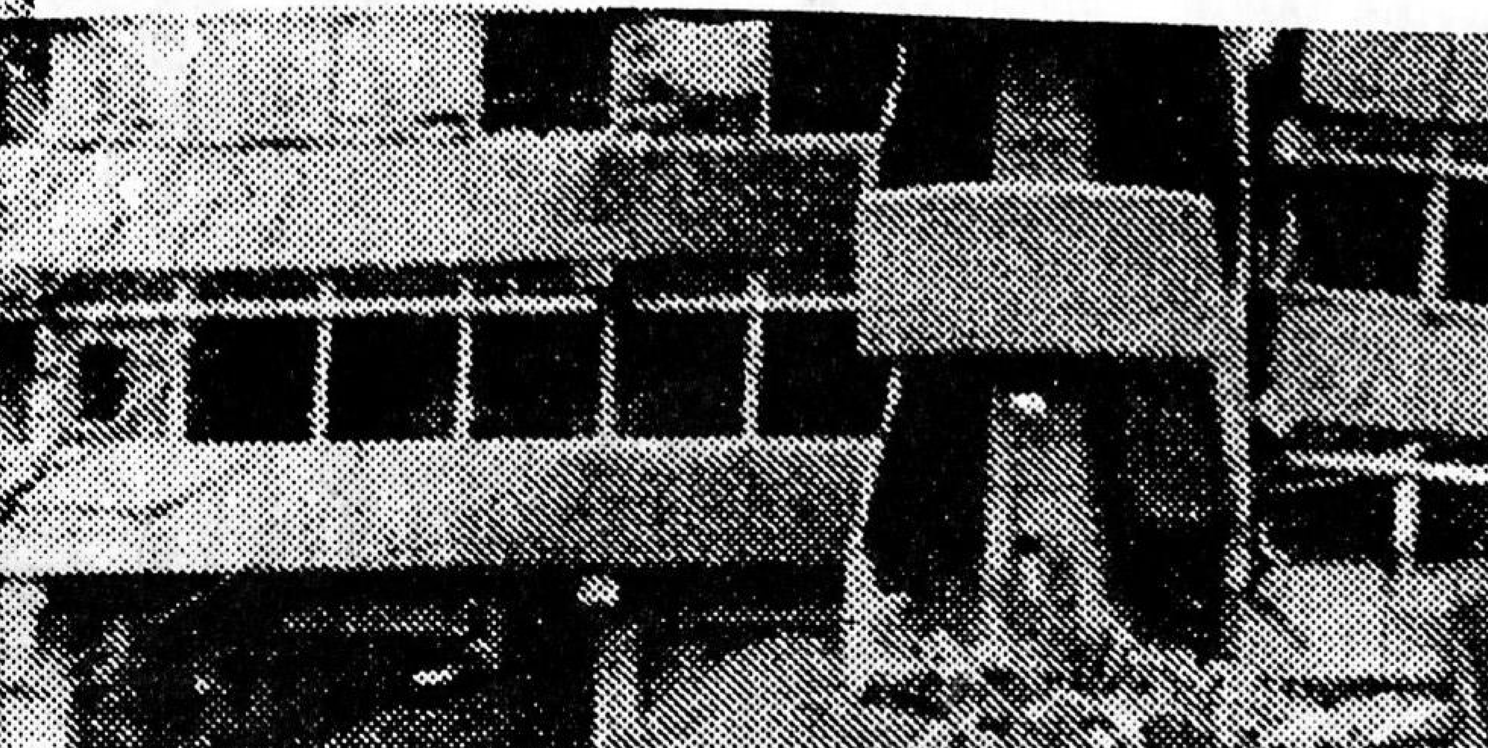
Die Urteile betreffen nicht nur die BewohnerInnen der WGs und Häuser des Martinswerkes. Alle, deren Wohnungen oder Häuser von Trägervereinen gemietet wurden, können so auf die Straße gesetzt werden.



Mehr Fakten dazu stehen im beigelegten Artikel aus der Kreuzberger "KIEZ-ZEITUNG".

Wir wollen mit <u>allen</u> Interessierten und Betroffenen über weitere Schritte gegen Spekulanten und Umstrukturierung reden

Deshalb gibts ein TREFFEN am



DONNERSTAG 13. AUGUST
19.00 Uhr
ADMIRALSTRAßE 17
Vorderhaus, Dachgeschoß

...und darum solls gehen:

- Autonome Recherche (mach dir ein Bild von deinem Hausbesitzer)
- Widerstand gegen die drohende Räumung der Böckhstraße

Außerdem wollen wir – die BewohnerInnen der Martinswerk WGs und Häuser – uns (auch mit anderen) über ein gemeinsames Vorgehen auf der Mitglieder-Vollversammlung des Martinswerks am 19. August verständigen.

BewohnerInnen aus Martinswerk Häusern/WGs